

51. Jahrgang

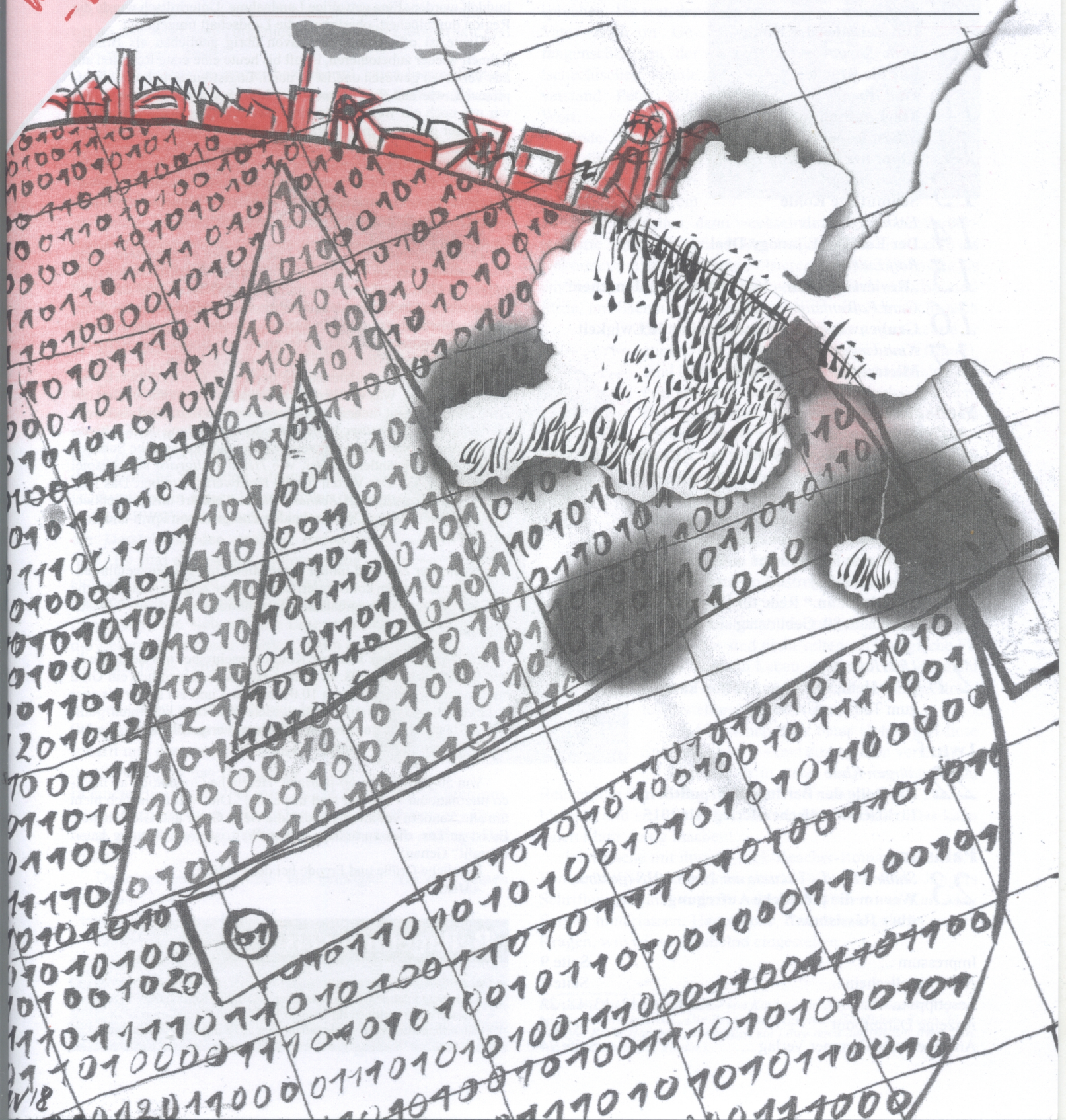
3-2018

€ 5,00

WIE ISS? - MUSS!
- HAUPTSACHE!

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3 *Hermann Schulz*
Was das Leben bewegt
 4 *Wolfgang Belitz*
Diese Dame dort

SCHWERPUNKT: Ruhrgebiet, wie is? – Muss! – Hauptsache!

- 5 *Robert Bosshard*
2018 im Revier
 7 *Rolf Euler*
Das Zeitalter der Kohle
 8 *Peter Strege*
Für die Brache!
 10 *Paul Wagner*
Marl – „Stadt der Möglichkeiten“
 11 *Sebastian Müller*
Kippt der Riese von Datteln endlich?
 13 *Heiko Holtgrave*
Schmutzige Kohle
 14 *Eckhard Althaus*
Der Eon-RWE/innogy-Deal
 15 *Rolf Euler*
„RevierGestalten – Von Orten und Menschen“
 16 *Gerd Falkenhain*
Grubenwasser – Pumpen bis in alle Ewigkeit
 17 *Knut Unger*
Mieterhöhungsmaschinen

Menschenorte 38

- 19 *Sebastian Müller*
Allein erziehende Mutter mit 2 Kindern, Hartz IV

Geburtstage

- 20 *Rolf Euler*
AMOS wird 50 – ein guter Tag
 mit vielen FreundInnen und Mitmachenden
 21 *Klaus Humann*
„Es klopft an.“ Rede für Hermann Schulz
 zu seinem 80. Geburtstag am 24. Juli 2018
 21 *Ute Hüttmann*
„Ein Held, wer ohne Waffen kämpft
 zum Tod von Uri Avnery

1wurf

- 22 *Jürgen Klute*
Die Rolle der Berliner Sparpolitik im
türkisch-kurdischen Krieg seit 2015

Palästina

- 23 *Shlomo Sand – Haaretz am 27.08.2018 (gekürzt)*
Warum die plötzliche Aufregung
über Rassismus?

Impressum ...	Seite 9
Abo-Bestellschein ...	Seite 8
Lesetipps ...	Seiten 6, 12, 13, 18, 22
Anzeige Dampfboot	Seite 6
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Ruhrgebiet – Muss! Und Kohle müssen wir in diesem Jahr auf jeden Fall im Heft haben. Denn Ende 2018 wird der Steinkohlebergbau in ganz Deutschland beendet. Zweifellos ein epochaler Einschnitt in der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Die Medien überschlagen sich schon seit Jahresbeginn mit Nachrufen auf „die Kohle“. Und auch die Ruhrkohle AG ist dabei: Mit Mitteln der Stiftung wird auf Zollverein eine große Ausstellung gezeigt („Zeitalter der Kohle“). *Rolf Euler* hat sie sich angeschaut, berichtet von seinen zwiespältigen Eindrücken – und empfiehlt die Ausstellung auf Zollern in Bövinghausen.

Zwei Jahrhunderte lang ist die Erde im Revier nach Kohle durchbuddelt worden. Eine gewaltige Landnahme. Unterirdisch wurde die Region durchlöchert, oberirdisch die Landschaft umgepflügt.

Heute ist oft nichts mehr davon übrig geblieben als Brache. Schnell wieder zubetonieren, ist oft bis heute eine erste Reaktion auf das Verlassen gewesen und ist es noch. Logistikunternehmen draufpflanzen, wie das *Paul Wagner* aus Marl berichtet. Oder ergötzen wir uns noch ein Weilchen an einer zweifelhaften Naturfilm-Atmosphäre der geschundenen Region, wie *Robert Bosshard* es fürchtet. Lädt dieses Konglomerat aus aufgelassenen Grundstücken und Bauten stattdessen nicht eigentlich in einen Warte- und Denkraum ein, könnte die Brache nicht dazu anregen haltzumachen, um über Vergangenes oder vergangene Dummheiten in der Stadtentwicklung zu sinnieren, wie *Peter Strege* es dem Revier wünscht?

Das Ruhrgebiet ohne Kohle? Ganz so wird es nicht sein. Denn noch steht die Region voller Kohlekraftwerke. Von den Landesregierungen in Düsseldorf hört man immer wieder, dass NRW das Energieland No. 1 in Deutschland bleiben wolle. Hier seien die Menschen schließlich an große Industrien gewöhnt. Also weiter so im alten Trott, weiter so mit der Verfeuerung von Braun- und Steinkohle, als hätte es keine mahnende Zeitenwende gegeben.

Das können wir wunderbar am geplanten Kohlekraftwerk Datteln IV studieren. Was wurde nicht schon alles unternommen, um das Ding zu retten! Seit mehr als 10 Jahren ist es im Bau, wird aber wohl nie fertig, hofft *Sebastian Müller*. Mit der Umstellung der Kraftwerke auf Importkohle gehen schwere soziale und ökologische Schäden in den Herkunftsländern einher, wie *Heiko Holtgrave* am Beispiel Kolumbien zeigt. Der Vorteil für die Kraftwerksbetreiber: Das liegt alles so schön weit weg! *Eckhard Althaus* erklärt uns schließlich, was es mit dem Mega-Deal der beiden Energieriesen RWE und E.on auf sich hat.

In jüngster Zeit sind immer mehr Mieter mit existenzgefährdenden Mieterhöhungen konfrontiert; *Knut Unger* zeigt, wie die Masche mit den Modernisierungsmaßnahmen funktioniert und was Mensch dagegen unternehmen kann.

Uri Avnery, unser häufiger Kolumnenschreiber aus dem ‚Heiligen Land‘ starb am 19.08. In diesem Heft sollte eigentlich ein Gruß zu seinem 95. Geburtstag am 10.09. stehen – und ein sicher bissiger Text von ihm zum ‚Nationalstaatsgesetz‘ und dem künftigen ‚jüdischen Staat‘. Nicht nur über den Gräbern versprechen wir wie immer: Der Kampf geht weiter.

Von 50-jährigen zu 50-jährigen: Herzliche Gratulation an medico international – und wir sind uns einig: „Die Welt dreht sich nicht um alle, sondern vor allem um die, die Geld, Güter und Glück haben. Es ist an uns, dies zu ändern. – Die Welt ist groß. Rettung lauert überall!“ Genau!

Herzliche Grüße und Freude bei der Lektüre
AMOS

Beilagenhinweis

Der ABO-Auflage liegt bei:

- Einladung Ökumenischer Ratschlag – 35 Jahre Konziliarer Prozess
- „GewerkschafterInnen für Klimaschutz“ beim KlimaCamp 2018
- Einladungsflyer zum 18. Abrahamsfest 2018 in Marl (Teilaufgabe)

Hermann Schulz

Was das Leben bewegt

Ich besuche Peter Hohberger, den Maler, Bildhauer, Schauspieler und Schriftsteller häufig in seinem abgelegenen Atelier in der Nähe Wuppertals. Hier hört man keinen Lärm. Der Bau, ein früherer Stall, ist im Winter eisig kalt, im Sommer angenehm kühl. Bei jedem Besuch habe ich Freude an dem Reichtum seiner Arbeiten und an unseren Gesprächen. Wenn ich ihm begegne und er erzählt aus seinem Leben, denke ich oft an das Wort von Turgenjew: „Allein die Liebe erhält und bewegt unser Leben.“

Sein Lächeln ist immer bezaubernd, seine Freundlichkeit ein Geschenk für jedermann, auch wenn sein Gemüt nicht selten im Dunkeln steckt.

Seine Skulpturen stehen in erschlagender Fülle, dicht an dicht. Nur mühsam kann man sich vorbei schlängeln. Frauenakte in allen möglichen Stellungen, eine Boxerfigur, Köpfe (Auftragsarbeiten oder freie Gestaltungen) und ganz selten naturnahe, aber fast abstrakte Pflanzen und Blumenkelche. Aquarelle vom Meer, Gebirge und griechischen Landschaften. Alles sehr gelungen, aber für ihn Nebenprodukte, die er nicht besonders achtet.

Wir kommen immer schnell auf seine schriftstellerischen Arbeiten zu sprechen. Nur wenige Texte sind veröffentlicht. Peter schreibt selten mehr als zwei, drei Seiten. Keine Geschichten! Die Darstellung einer lauernden Katze, Szenen aus seiner Zeit als Bauarbeiter, Augenblicke von Glück und Unglück. Wie bei seinen Skulpturen die klassische Schönheit allgegenwärtig ist, dominiert in seinen Impressionen der sinnlich empfundene kurze Augenblick, die Darstellung der ‚wahren Emotionen‘. Es sind die kleinen Momente, die sich als wesentlich erweisen können, Sprachbilder von großer Schönheit gelangen ihm, die sich auf den Leser und die Leserin übertragen werden, wenn er sie eines Tages veröffentlicht!

Sehnsucht nach Schönheit bis zum Schmerz in allem, was er mit Händen schafft und denkt und formuliert. Immer der Zweifel, ob das Endgültige gelingt. In einem Brief schrieb er mir: „Nicht die Gefahr ist schlimm, missverstanden zu werden. Das ist zu verschmerzen. Doch wenn man etwas nicht trifft und zu Schwafeln anfängt, das ist fatal!“

Dabei ist ihm unglaublich viel gelungen! Auf allen seinen Feldern.

Er wurde 1939 in Biesnitz bei Görlitz in Schlesien geboren. Belastete Kindheit: Mutter mit beiden Kindern und die Großmutter waren bei einem Bombenangriff in Karlsbad verschüttet. Sie hörten von draußen „Die sind alle tot!“ Sie riefen, aber man hörte sie nicht. Der Großvater und ein Mann, dessen Frau im gleichen Bunker war, gruben weiter. Peters

kleiner Bruder war tot, die Mutter starb wenige Tage später in einem provisorischen Hospital. Peter konnte wochenlang nicht sprechen. Da war der Vater noch in Gefangenschaft. In der tschechischen Schule verstand Peter kein Wort.

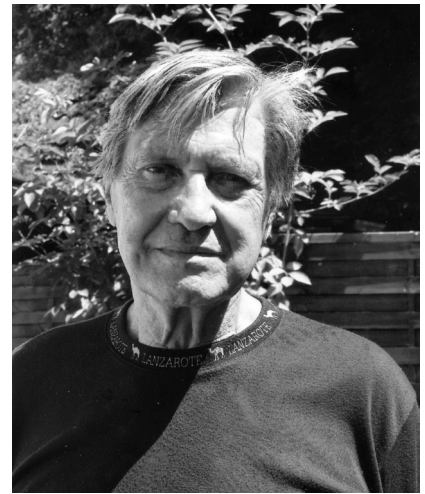
Ende 1945 wurden die Großeltern mit dem Enkel vertrieben. Zunächst ein Lager bei München, dann wechselnde Orte, wo der zurückgekehrte Vater Arbeit fand. Der Junge machte eine Lehre als Dekorateur, Anstreicher und Polsterer. Karl Mays Romane als emotionale Rettungsanker! Dann ein Ausbruch nach Bremerförde, um Seemann zu werden, weil ihn die Sehnsucht nach der Ferne packte. Der Liebe wegen kehrte er zurück (ein immer wiederkehrendes Thema!), fand Unterstützer, die ihm die Schauspielschule ermöglichten, begann zu lesen, reiste mit dem Stiefbruder nach Italien, Begeisterung für die antiken Plastiken. Modelliert hatte er (mit Plastilin) schon immer, es aber trotz Begegnungen mit Arno Breker und Muro nie ernsthaft betrieben, bis ihm Hermann Isenmann als Lehrer an der Akademie Düsseldorf begegnete. Inzwischen Engagement am Residenztheater, später an zahlreichen Bühnen wie dem Westfälischen Landestheater in Castrop-Rauxel.

Multitalente sollte man nicht unbedingt beneiden. Sie sind nicht selten auch tragische Figuren. Weil ein Leben, weil die Kraft vielleicht nicht ausreicht, auf allen Feldern die angestrebte Vorstellung zu erreichen.

Ich bin sicher, dass Peter Hohberger diese Spannung kennt – und auszuhalten versucht.

Jetzt lebt er in steter Sorge um seine Frau Renate, die ihm Halt gibt. Er möchte nicht ohne sie zurückbleiben, und sie soll nicht ohne ihn leben müssen. Das kann einen Mann fertig machen!

Ich tausche mit ihm die Jack-Reacher-Romane, aber auch Fontanes Kriegsaufzeichnungen 1870/71 und Ernst Jüngers Schriften. Bei ihm und mir haben die Bücher von Karl May Spuren hinterlassen. Hauptsache, dem Bösen geht es an den Kragen, wie wir uns lächelnd eingestehen.



Hermann Schulz lebt aus Autor von Kinder- und Jugendbüchern in Wuppertal. Zuletzt erschienen: „Die Reise nach Ägypten“ (Ill. Tobias Krejtschi, 2. Auflage, Reihe Hanser); „Wenn dich ein Löwe nach der Uhrzeit fragt“ (Ill. von Anja Mikolajetz, Aladin.)

Wolfgang Belitz

Diese Dame dort

Als vor einigen Jahren Sahra Wagenknecht die Talkschau-Bühne betrat und Furore machte, begegnete ihr z.B. einer der damalige Talkkönige mit der traditionell antikommunistischen Haltung: Diese Dame dort ...

Er ist inzwischen von der Bildfläche verschwunden und Sahra Wagenknecht wurde Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke im Bundestag. Nun hat sie in der ersten Augustwoche ein lange angekündigtes Unternehmen begonnen. Am 4. August erschien das Internetportal „www.aufstehen.de“ und am 4. September des Jahres startet die Bewegung „Aufstehen“ offiziell. „Aufstehen“ meint eine linke Sammlungsbeziehung über die Parteigrenzen hinweg und wendet sich an alle Menschen, die von der Politik im Lande enttäuscht sind und eine machtvolle politische Wende und Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit und radikale Friedenspolitik wünschen und erstreiten wollen.

Es soll keine neue linke Partei geben, sondern einen neuen fundierten Anlauf auf dem Weg zur einzig möglichen Reformkonstellation: eine Rot-Rot-Grüne Mehrheit im Lande und eine R2G-Regierung in Berlin. Die Gelegenheit dazu hatte sich bereits 1998, 2002 und 2005 ergeben, ein Bündnis scheiterte immer an den Sozialdemokraten. Nun soll zunächst eine linke Sammlungsbeziehung entstehen, die bereits in den ersten Tagen nach dem Erscheinen des Internetauftritts 50.000 Interessenten fand. Angesprochen werden alle Menschen, die guten Willens sind, besonders WählerInnen oder ehemalige WählerInnen sowie PolitikerInnen der SPD und der Grünen, die mit der Agendapolitik auf der Linie der neoliberalen Konterrevolution nicht einverstanden sind. Erreicht werden sollen aber auch vor allem die Opfer solcher Politik, die arbeitslosen und arbeitenden Armen, die von Altersarmut betroffenen oder bedrohten Mitmenschen, die Chancenlosen auf dem Wohnungsmarkt, die Gefangenen im Niedriglohnssektor, kurz alle Mühseligen und Beladenen, denen ein auskömmliches Leben verweigert wird.

Jedem und jeder von uns ist die Bilanz der sozialen Ungerechtigkeiten und Missstände in unserem Lande bekannt, jeder und jede kann sie aus allen Ecken und Enden der Gesellschaft erweitern. Sozialkritische Medien gibt es noch, die wöchentlich neue Missstände und Ungerechtigkeiten aufdecken. Das größte Problem des Landes ist das Ausmaß der sozialen Ungleichheit. 50 Prozent der Haushalte sind völlig eigentums- und vermögenslos.

Es gibt keinen Anlass zur Hoffnung auf Veränderung. Es gibt keinen Masterplan zur Verringerung der sozialen Ungleichheit und Vermehrung der sozialen Gerechtigkeit, über den man diskutieren und für den sich viele engagieren könnten. Die frühere Reformpartei SPD löscht sich gerade unaufhaltsam aus, nachdem der Agendamann sie gespalten und an den Abgrund geführt hat. Die zweite ehemalige Reformpartei ruht sich gerade aus, nachdem sie 15 Prozent erreicht hat. Die Partei der Unruhe ist im Einzelnen gut und im Gesamt kaum vernehmbar. Die Partei des Eigentums ist für Eigeninitiative.

Die Partei gegen Flüchtlinge hat kein soziales Gewissen, sondern ein kaltes Herz.

Hinzu kommt noch die verdrehte Tatsache, dass 82 Prozent der Bevölkerung mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation zufrieden sind. Still ruht der See. Wer kann den steinernen Verhältnisse ihre eigene Melodie vorsingen, um sie zum Tanzen zu bringen?

Nun kommt Sahra Wagenknecht und sagt „Aufstehen und Zusammenstehen“, wer links fühlt, oder anders gesagt „Aufstehen und Zusammenstehen“, wer den Holzweg der ehemaligen Reformparteien verlassen will, aber auf keinen Fall „rechts“ werden will, oder anders gesagt „Aufstehen und Zusammenstehen“, wer wie John Rawls daran glaubt, dass in jedem Menschen der unveräußerliche Sinn für Gerechtigkeit lebt oder schlummert, um geweckt zu werden.

Sahra Wagenknecht hat besonders an den Linken Jean-Luc Mélenchon gedacht, der bei der letzten Präsidentschaftswahl in Frankreich auf Anhieb ein Fünftel der Wähler für sich gewinnen konnte. Der Blick auf Emmanuel Macron dagegen ist nicht sonderlich ermutigend. Er hat zwar mit La République en Marche eine große politische Bewegung angestoßen und sich an die Macht gebracht, aber er ist ein Anhänger des Agendamanns und macht neoliberale Politik.

Ich habe nicht bemerkt, dass Sarah Wagenknecht das im Jahre 2010 entstandene linke Projekt „Institut Solidarische Moderne“ im Blick hat. Hier ist ein Verein aus linken PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen am Werk, die im Crossover-Verfahren alle linken Politikansätze diskutieren, zusammenführen und weiterentwickeln wollen zu einem neuen linken Politikkonzept für eine mehrheitsfähige Linke in Deutschland.

„Aufstehen“, da muss man wissen, Bewegungen kann man nicht inszenieren, Bewegungen entstehen, wenn der Kairos gekommen ist. Niemand hat die Friedensbeziehung geschaffen oder inszeniert. Sie ist entstanden, als in den Herzen und Köpfen von Millionen Menschen die Gewissheit einkehrte, dass Frieden unter den Menschen nur durch Abrüstung werden und bleiben kann und nicht durch das Gegenteil. Wenn ein Ziel sichtbar wird, bewegen sich die Menschen.

Wir haben uns in der Friedensbeziehung engagiert mit unserer kleinen linken christlichen Beziehung Solidarische Kirche. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass die große evangelische ökumenische Beziehung „Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ neue Kraft schöpfen kann.

Darum sagen wir: Herzlich willkommen, Sahra Wagenknecht.

Robert Bosshard

2018 im Revier

Insektenähnlich wie verpuppt und verkleinert, hoch oben in den rundum verglasten Kabinen, dem Anschein nach in erzwungener Gemächlichkeit, obwohl doch unter dem erheblichen Druck praktischer Dringlichkeit, erlebten sich die für diesen Job einbestellten Kranführer, so hoch über dem nach chaotischen Prinzipien sich ordnenden Ruhrgebiet, als wären sie ein erstes, gediegen herausgeputztes (in der Schwerindustrie waren es vorwiegend Frauen, welche diese hochsensibel zu behandelnden Gerätschaften bedienten) Premierenpublikum des als Sensation skandalisierten Theaterstücks 2018 im Revier. Schon bevor die eigentliche Aufführung begann, noch während des Aufbaus des ersten Szenenbilds erlebten sie aus der Sicht ihrer einsamen Logen eine riesige, absolut dysfunktional zersiedelte Bühne, auf der wahnsinnig beidhändig und irre aufwendig im Rahmen einer episch-theatralischen Inszenierung das Schauspiel einer strikt renditeorientierten, also fremdfinanzierten Überwältigung und Besetzung der Region vorbereitet wurde. Auf der Nebenbühne probten derweil zwei Pausenclovnas fürs Zwischenspiel und jonglierten die zwei Keulen Struktur- und Kulturwandel hin und her. Eingelullt ins wohlige Gesurre der sie heimelig umschwirrenden eMotoren, eingebunden in die vertraute iPhone-Kommunikation mit den Theater-Disponenten, umschmeichelt vom live eingespielten Szenenapplaus der Netzkollegen, interpunktiert von Gefälltmirs, Emojis, Pfiffen, Hup- und Warnsignalen, richteten sich diese vor-automatisierten Hochstand-Maschinistinnen genüsslich in den für sie persönlich hundert Meter Übertage ergonomisch auf zwölfstündig ununterbrochenes Sitzen eingestellten Ledersesseln ein, genehmigten sich zur Erhöhung des Kulturgenusses – den Lenkstutzen zwischen den Beinen kurz aus den Händen – einen Schluck Sprudel, ereiferten sich an einer Tabakstange und lachten ... lachten voller Selbstzweifel, da das Theater-Szenario ihnen suggerierte, sie wären die letzten handwerklich in der Region Beschäftigten, weil im Rahmen der aktuellen Digitalisierung die Menschheit offenbar umgeschaltet würde auf Automation ... und lachten voller Resignation, da ihnen grad eben klar wurde, was bezüglich der fünf Millionen Bewohner des Reviers gleich abgehen würde dort unten auf deren Bühne. Aber es war ja zwischen den Industriegerauschen auch Hundegebell zu hören, überhaupt wirkte von weitem die erst noch verpestete Industrieregion wundergrün, und es herrschte von oben gesehen Naturfilm-Atmosphäre. So operettenhaft erleuchtet interpretierten die Kranführerinnen die Szenerie nun positiv, als wäre das, was ihnen vorgeführt wurde, eine dem Bastelkasten beigelegte illustrierte Anleitung zum Erstellen eines Modells der Ruhr-Agglomeration im Maßstab eins zu tausend, was sie in voller Konzentration nach passgenauen Anschlussmöglichkeiten suchen machte. Dies war äußerst spannend und auch so geplant als Dramaturgie, da damit von der bitteren Wahrheit des überflüssigen Seins abgelenkt, und der Sinn und Unterhaltungswert der Veranstaltung gesteigert wurde. Was auch unbedingt nötig war, denn der ausschließlich mit der eigenen Intaktheit beschäftigte und also unumkehrbar wachstumsabhängige Bühnenaufbau zeigte eine extrem unfertige Realität, einen verbretterten Wildwuchs, stupide gestapelt, verbaut und wie

willkürlich durchsetzt mit labyrinthisch angeordneten Bauzäunen, die jeden Durchblick verwehrten. Überhaupt zeigte sich die urbane Choreographie des Spielfelds in eigenartig zwiespältigem Licht, wirkte unnötig vertrackt und bewegte sich (jenseits der City-Malls und den auf ihre Spitze gestellten Matterhörnern) vorzugsweise auf ungepflegt holprigen und rücksichtslos zertrampelten Pfaden, entlang Verbotsschildern und brachliegenden Industriegeländen durch aufgehübschte Pforten geplündelter Maschinenhallen hindurch, um so die Phantasie der in Rudeln anreisenden Ruhr-Touristen ohne Übersetzung von der einen, durch die Vergangenheit vergifteten eisenharten Kultur, in die Zukunft einer primärnatürlichen nackten Erotik hinüber zu führen. Erfolgreich, denn



abgelenkt und unterhalten entwickelte sich daran in den Köpfen der Kran-Maschinistinnen jene künstlerisch intendierte, eben musisch verzauberte und sorgfältig kuratierte Illusion, man würde nun an einer der vielen Triennale-Premieren der bekanntlich berühmten Theaterlandschaft Ruhr teilnehmen, öffentlich-rechtlich von den obersten politischen Instanzen gedeckt und zivil-rechtlich von den mächtigsten Konzernvorständen gesponsert, was leicht nachvollziehbar war, da vorab schon abgesprochen war, dass ausschließlich nur bereits weltweit erfolgreich gewesene Notenblätter, und die politisch korrekt abgespielt würden, und auch im sonstigen Gebaren ausschließlich bildungsbürgerlich geschönt verfahren würde. Was nicht etwa als Zensur verstanden werden sollte, sondern bloß dazu diente, den Geldgebern die Laune nicht zu verderben, was auf natürlichem Wege eine gewisse Garantie zur Exklusivität verhieß, nämlich, dass nur hinter den am gelungensten den Kapitalismus repräsentierenden denkmalgeschützten Werks-Fassaden Veranstaltungen durchgeführt würden. Das wirkte aus der Sicht der gehobenen Kojen, als erlebte man in Hollywood realisierte wildeste Kamerafahrten, die bekanntlich bis tief in die Erinnerungsräume der Waffenlobbys hinein vorzudringen vermögen, man konnte also eigenhändig an der Heldenverehrung des schwerindustriellen Unternehmertums mitmachen. Bis dann unmittelbar vor Beginn der ersten Szene, vor dem noch geschlossenen Vorhang, ein relativ

zierlicher und kleiner, hochmodern und bedienungsfreundlich ausgestatteter Wickelraum, so einer wie jene, die für wenig Geld in familienfreundlichen Autobahnraststätten angeboten werden, ins Spotlight gebracht wurde. Eine Gruppe von Kunstarchitekten aus einem Raumlabor der Metropole Berlin hatte diesen sehr speziellen Öffentlichen Raum für die Eingeborenen des Ruhrgebiets entworfen, als örtliches Mitmach-Spektakel unmittelbar vor der Jahrhunderthalle: linkerhand zwecks spielerischer Abwicklung der Vergangenheit und Entsorgung der dreckigen, stinkenden und ausgedienten Wäsche eine Schwarzkaue, um sich sauber waschen zu können; rechts davon eine blitzblanke Kaue, alles weiß, um wechselseitig sich einwickeln zu lassen ins ökonomisch und ökologisch opportune Neue (daneben das international bekannte Dixi-Klo mit Vorhängeschloss). Was für ein gelungenes Beiwerk zur Ouvertüre dieses Ruhr-Epos, denn damit war auf einen Schlag die Baugrube Ruhrgebiet 2018 als Ganzes vorstellbar geworden. Zudem wirkte die primitive Erscheinung auf der Vorbühne modisch surreal und supranational global, sodass die Maschinistinnen es nicht nur falsch finden mussten, an dieser billionenschweren Inszenierung wirtschaftsliberalen Schwachsinn (selbstredend verbunden mit sozialadministrativem Unvermögen) persönlich teilgenommen zu haben. Erst recht in der Erwartung, dass nach dem eher anonym gehaltenen Vorspiel dann ja auch irgendwelche Stars die Bretter betreten würden, die Vertreter des neu berufenen Risikokapitals mit daneben am selben Tisch die Abrissbirnen, getragen vom Jubel einer Armada um ihre Existenz bangender, total aggressiv gestimmter Alternativer-fürs-Ruhrgebiet, und an der anderen Bühnenfront ergriffen vom tatenlosen Gekeife eines ganzen Rattenschwanzes kleinvermögender und großverzogener Statistenmassen. Schon ertönte aus dem Dunkel der Hinterbühne, die alten Maschinenklänge ersetzend, dumpfer Stadiongesang, Drumbeats übernahmen die Funktion von Märschen, ganz selten nur noch hallten einzelne an selbstbeherrschte Arbeit erinnernde Stimmen durch die Kulisse, und wenn, dann in der Art krächzend verzerrt altmodischen Lärms, unenglisch und unausgebildet, schrill schimpfend, laut und hektisch, immer wieder kurz aufgeschreckt flatternd, wenigstens für einige Runden, aber dann gleich wieder in Teilzeit letzte Werke vollbringend, eben ideologisch zu blind, um den drohenden Flügelschlag der über dem Revier flatternden Drohnen zu erkennen.

Robert Bosshard wohnt in Oberhausen.

Lesetipp

Robert Bosshard

Frantz – eine Erzählung

Remagen 2017, 111 S. mit Fotos

(Bezug über den Autor: robo71@me.com)

Das querformatige Buch handelt von dem, was die beiden zu Freunden gewordenen Frantz und Köbi sich zu erzählen haben, quer zum gesellschaftlich Normalen. Vom Rand her. Lustvoll. In Berns Altstadt, in einer rumpeligen Werkstatt des Schriftgrafikers Frantz, bei dem Köbi erstmal unterkommen möchte. Beide sind aus der Zeit gefallen. Sie provozieren mit einem Film „Bilderflut“ die Schweizerischen in Bern und dort arrivierte Kunstszene. – Ich freue mich schon auf das nächste Buch in dieser Art, mit seiner höchst anregenden Zuordnung von reflektierenden Texten und meisterhaften Fotos in s/w.

Hartmut Dreier

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

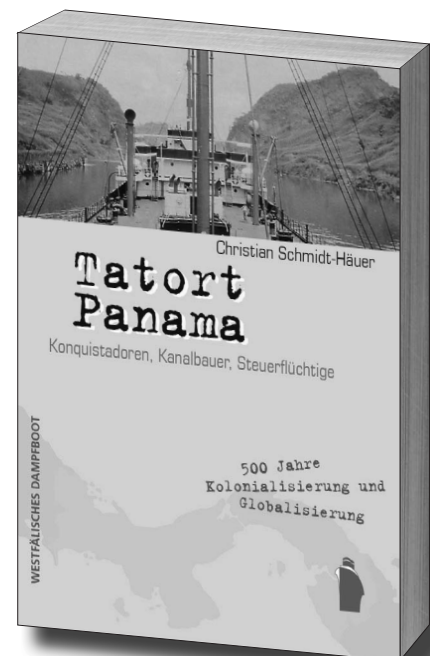


PROKLA 191

Zur (neuen) Wohnungsfrage

2018 – 176 Seiten – 15,00 € – ISBN 978-3-89691-391-3

PROKLA 191 diskutiert anhand empirischer Beiträge sowie theoretischer Reflexion die politökonomischen Gründe für die Wiederkehr der Wohnungsfrage im Kontext von Finanzialisierung, Neoliberalisierung und einer globalen Überakkumulation von Kapital.



Christian Schmidt-Häuer

Tatort Panama

Konquistadoren, Kanalbauer, Steuerflüchtige
500 Jahre Kolonialisierung und Globalisierung
gebunden, mit zahlreichen Abbildungen

2018 – 472 Seiten – 35,00 € – ISBN 978-3-89691-292-3

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Rolf Euler

Das Zeitalter der Kohle

Der Steinkohlenbergbau in Deutschland wird in diesem Jahr eingestellt. Anlass für viele Kunst- und Industriemuseen, diesem wichtigen Industriezweig einen Nachruf zu widmen.

Auf der Kokerei Zollverein, Teil des Weltkulturerbes in Essen, heißt die Ausstellung „Das Zeitalter der Kohle“. Ein fast unlösbares Unterfangen, das ganze 300 Millionen Jahre umfassende Zeitalter der Kohle in einen alten Kohlebunker zu pressen, der zum Ausstellungsraum in Ebenen unterteilt der richtige Ort erscheint, das „schwarze Gold“ zu würdigen. Und so geht es im Wesentlichen in der Ausstellung auch nicht um die 300 Millionen Jahre währende Zeit der Kohlebildung und -lagerung, sondern um die 200 Jahre industriellen Kohleabbaus in der Neuzeit in Deutschland, aber auch den Nachbarländern, als Gegenstand des „Andenkens“ und der Auswahl von Bildern und Gegenständen.

Man wünschte sich, nachdem das „Glückauf, der Steiger kommt“ in Endlosschleife bei der Einfahrt ins Museum endlich verklungen ist, einen Plan der Ausstellung, die den Fortgang von oben nach unten im Bunker mit einem roten Faden zusammenfasst. So steht man vor einer großen Zahl von Ausstellungsstücken, aus denen bekannte Dinge wie Abbauhämmer und Maschinenteile herausstechen, Rettungsmittel wie die berühmte Dahlbusch-Bombe und Grubenwehrausrüstung das Auge beschäftigen, aber auch die technischen Geräte der Gasprüfung und Wasserhaltung, Modelle des maschinellen Kohleabbaus und der Labortechnik unvermittelt nebeneinander mit „Schippe und Hacke“ stehen.



Wer erkennt schon an dem geborstenen Holzstempel-Abchnitt oder dem verkrümmten Eisenstempel den übermächtigen Druck des hangenden Gesteins im Flöz? Wer erklärt die Tatsache, dass die Bergleute bei einem Holzstempel eher merkten, wenn der Druck zu groß wurde, als bei Stahlstempeln? Selbst als später der vollautomatische Schildausbau kam, war der Streb immer eine gefährliche Zone. Wer erklärt die Mühen, die Großgeräte für den Abbau in eine Teufe von mehreren hundert Metern runter zu schaffen, dort zum Ort oder Streb zu befördern, dort zusammenzubauen und in Betrieb zu nehmen? Wie wird man dem Einsatz der Grubenwehren gerecht, der Tatsache, dass nach dem 2. Weltkrieg mehrere hundert Bergleute pro Jahr ums Leben kamen? Hier wird zu sauber und ordentlich aufgereiht, für den Besucher sicher mit einigen Erläuterungen, aber wie vermittelt man Hitze, Staub, Lärm, wenn man das Zeitalter der Kohle verklärt als positive Fortentwicklung von menschlichen Fähigkeiten beim Ausbeuten der Bodenschätze?

Die Untertagebedingungen sind im Museum natürlich

nicht reproduzierbar, allenfalls anzudeuten – wie auf Fotos der Bergleute bei der Arbeit. Und es gibt gute, fast künstlerisch komponierte Ausstellungsteile, etwa im abwärts führenden Treppenhaus die Unmenge an Hacken, Schippen („Pannen“), Krätzern, Hämmern, welche die Bergarbeit bis in die jüngste Zeit veranschaulichen – trotz aller Mechanisierung und Automatisierung unverzichtbare Handarbeitsgeräte, was oft übersehen wird, wenn die Großgeräte des modernen Untertagebergbaus ins Bild geraten.

Oder die Wand mit den Farbflaschen: Farben aus Teer als Kokereiprodukt waren der Beginn der chemischen Industrie, bevor alles auf Erdölprodukte umgestellt wurde.

Was oft vergessen wird: auch Stickstoff-Kunstdünger, Benzin, dann auch die Kampfgase des ersten Weltkrieges waren Erfindungen der deutschen Kohlechemie! Und da fehlt dann doch der kritische Hinweis auf die verbrecherische Beteiligung der Industrieführer im Revier an den politischen Verhältnissen, den Kriegen des letzten Jahrhunderts.

Sie werden in Portraitbildern als „Ruhrbarone“ an einer Wand präsentiert, ebenso an einer anderen die Gegenpartei – Gewerkschaftsvorsitzende und sozialdemokratische Bergleute, ein Nebeneinander der Präsentation, das kaum die radikale Bekämpfung der Bergarbeiterbewegung durch die politische Reaktion erkennbar macht. Die Kämpfe an der Ruhr werden, gemischt mit den Bildern aus England und Frankreich, relativ klein und fast nur als Polizeieinsatz gezeigt. Die Unmenge täglicher „Fron“ als Protest- und Streikgrund wird kaum



vermittelt. Sozialgeschichte wäre sicher anders darzustellen als zum Beispiel mit dem monumentalen Soldaten-Bergmanns-Standbild zu „Ehren“ der Kriegsbeteiligung des Bergbaus. Waren doch in den Kriegen viele Frauen und Zwangsarbeiter diejenigen, die die Förderung „aufrecht“ erhielten!

So verlasse ich die Ausstellung mit gemischten Gefühlen. Vieles Gezeigte prägt sich mit

Fragen ein, vieles durchwandert man mit Bewunderung für den Bergbau. Viele Bergleute werden sich an ihre Zeit erinnern. Alle anderen Besucher müssen sich schon durch „arbeiten“, man wünscht ihnen eine gute Führung, die die zu selten erläuterten Widersprüche in den Jahrhunderten des Bergbaus erzählen kann. Wer mehr Bergbautypisches erleben will, muss sich beeilen, eine Besichtigung des Trainingsbergwerks in Recklinghausen zu bekommen – es ist noch unklar, ob das weitergeführt wird nach Ende des aktiven Bergbaus.

Rolf Euler, Recklinghausen, muss über Tage nicht mehr nachholen, was unter Tage verloren gegangen ist. Aber Geschichte(n) muss sein. Weitermachen!

Peter Strege

Für die Brache!

Wann ist etwas zu Ende? Genügt der Abschied, um an die Grenze des Möglichen zu kommen? Ist das Neue stets im Unverhofften Zuhause oder schmiegt es sich schon letzten Tönen bei? Ende-Mögliches-Unverhofftes-letzte Töne. Die Melodie des Ungewissen dringt aus den Worten und wird dennoch nicht gehört. Besteht etwa eine Angst vor den un-aufgeräumten Hinterlassenschaften, aus denen Wildnis werden könnte? Im Verkommen ehemaliger Ordnung wohnt sich Chaos ein und beschwingt den Huf des dahin galoppierenden Verfalls. Welche Schönheit lauert hinter den gefährlich verrottenden Staffagen? Wispern nicht undichte Traufen und tropft es nicht aus verrostenden Leitungen? Das Verlassene verlandschaftet sich und wuchert Grün über Kontamination und Abgrund. Das Erbe wurde ausgeschlagen, weil man die wirklichen Bereinigungskosten scheute und in Folge dessen keinen Blick auf die kostenneutrale wildwüchsige Bereicherung sich zu werfen traute. Das, wofür man keinen Blick hat, muss weg. Ordnung muss hergestellt werden. Wunden, die man geschlagen hat, vernarben. Wenn man deren Anblick nicht ertragen kann oder will, fängt Mensch an, darüber hinweg zu „tünchen“. Man nennt das Kosmetik und verschweigt damit die Installation von Camouflage, Dekoration und schimmerndem Betrug.

Nun weiß ich aus eigener Betrachtung, wie sehr mich die unbeachteten, die missliebigen Restflächen, die sogenannten Brachen faszinieren. Von ungebeten Zugängen ausgehend, dringe ich in Gegend vor und komme aus aufmerksamem Staunen nicht heraus. Wundersames umgibt mich. Eindrücke, die ich kaum einordnen kann, was mich zu vielfältigen künstlerischen Notizen und Arbeiten drängt, wie ich sie sonst noch nie hatte, fordern mich heraus. Im Unterschied zu „ge-wohnten“, d.h. geordneten Menschenumgebungen sind die-

se Hinterlassenschaften in der Weise ursprünglich, dass sie durch das Wirken von natürlichen Kräften Eigentümlichkeiten erzeugen, die einem Prozess des Schaffens sehr viel mehr entsprechen als es die üblich gewordene Bezeichnung für menschliche Arbeit zu bezeichnen meint. Was sich hier zeigt ist unerwartet, kann/konnte kaum erwartet werden. Sich dort zurecht zu finden, bedeutet Aneignungsarbeit und Auseinandersetzung, ist beängstigend neu, sodass alle Kreativität aufgerufen wird, um nicht davor wegzurennen, zu flüchten. Solche Landschaften haben das Zeug, in der Begegnung un-aufgefordert alle Sinne anzusprechen. Davon nicht angesprochen zu sein, sich gar davor zu fürchten oder solche Hinterlassenschaft zu verabscheuen, führt in aller Regel dazu, dass Mensch, um dem „ungünstigen“ Einfluss nicht ausgesetzt zu sein, um sie zu meiden, sobald als möglich versuchen wird, solche „Hinterlassenschaften“, diese wilden Meidezonen, dem „normalen“ Möblierungskanon von Landschaft und Fläche zu unterwerfen. Das dann kommende Neue, was nahezu normiert die Fläche bespielt, von der es im „Neudeutschen“ verräterisch heißt, dass man es „geschaffen“ habe, ist von gestanzter Langeweile durch klinisch reine, nicht menschenelnde Fassaden- bzw. Schaufenstereleganz gezeichnet.

Somit „befreien“ sich Menschen vor ihrer vernarbenden „Resterampe“, verhindern so Auseinandersetzungen mit geliebter Vergangenheit, die nahezu alle Lebensgeister ständig zu beschäftigen wusste, mittels Arbeit und Vergnügen jede Distanzierungsmöglichkeit verhinderte, Nachdenken mit höhnischem Applaus befeuerte und so der aus Ruinen aufkeimenden unbekanntem (Natur-)Entfaltung jede Achtung versagt. Brachen gelten als gefährlich und haben üblen Beigeschmack, derweil sie als wilde Kippen genutzt, in Nacht- und Nebelaktionen verbotenem Entsorgungstreiben Vorschub leisten. So, als Idealorte für abseitiges und kriminelles Treiben mehr schlecht als gut angesehen, gelten sie Außenseitern, Hobos, Sonderlingen, Nichtsesshaften und mir als eigentliche Paradiese. Hier ist Mensch außerhalb der Welt gefallen und nur einen Steinwurf weit weg von U-Bahn und Tanke gelandet. Allem Sonderlichen, was es hier zu entdecken und zu entschlüsseln gilt, gebührt die Aufmerksamkeit und Wachheit, mit der eigentlich jedes Leben gelebt werden sollte. Hier rieseln Gefühle durch „Mark und Seele“, wie ich sie sonst nicht erlebe. Hier bade ich in Ungewissheit, lerne das Gruseln und verspüre eine Gewissheit, Teil meines Lebens zu sein, wie selten. Hier produziert sich, provoziert mich, reproduziert sich Natur, hier gelten ursprüngliche Regeln, die sich jeden Moment ändern, mich verabgründen können; hier lässt sich Leben als Tat verspüren und/oder prächtig scheitern. Gefühle wie Bergmassive und Meeresrauschen. Augen tasten sich mit Tentakeln durch fremdes Unterholz. Nase rümpft sich, das schwache Ohr zu unterstützen. Aus jedem Körperteil wachsen feinste Härchen, die ungewohnte Umgebung aufs zärtlichste zu erfahren.

In dieser Fremde wachse ich neu auf. Meine bis dahin als bekannt geltende Welt erfährt einen neuen Kontinent. Das

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
 Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

dort Vergangene hat seine Akte nicht verschlossen, sondern transponiert, transformiert sie in neue Ebenen. Aus gehörten Hammerschlägen und eiligem Sirenengeheul werden heitere Triller ebenso wie unbekanntes Glucksen. Welt entsteht und verlangt von mir, mich dort zurechtzufinden. Der, dessen Rhythmus die Stechuhur sang, wird zum Pfadfinder im scheinbar eigenen, aber nun unbekanntem Reich. Fremdes stellt sich im Gewohnten ein und verlangt nach reflektierendem Umgang, der vorher so nicht verlangt war. Selbst die gewohnten Farben sind nicht mehr am Ort. Kennzeichnungen fraßen Winter und Regen. Materialien unter-liegen keinem Ordnungs-Stress mehr und verludern im Nu. Zeichen von Vergänglichkeit malen bunte Bilder und überwuchern Stahl und Mauerkante. Ungenutztes wird zu einstürzenden ehemaligen Neubauten. Klettern über Katarakte vergessener Tugenden will neu gelernt werden. Traue keiner abschüssigen Bahn mit einladendem Moospolster. Vertraue deinem Bauch und höre deinen Sinnen zu. Gehe hin und verköstliche dich mit den Exotismen, die dem entsprangen, was du einst im Schlaf zu kennen glaubtest und so blind durchstreifen konntest. Gewöhne dich an deine Unkenntnis und suche nach Schlüsseln für frische Gedanken.

Bei der Frage, wie gehen Menschen mit der Vernarbung der von ihnen versehrten Welt um, geht es sowohl um Skarifizierung, als auch um Branding oder Cutting; es ergeben sich Fragen zum Erinnern, Fragen nach der Umgangsabsicht der im Rahmen Welt verändernder Produktion entstehenden „Merklanschaften“ im Zustand deren Arbeitslärms und des darauf folgenden abebbenden Echos.

Gebriecht es nicht uns, dass wir einen Mangel an dem erleiden, was wir nicht kennen? Sind wir nicht unaufhaltsam auf der Suche nach dem, was wir noch nicht zu kennen glauben, was wir noch nie gesehen haben? Und vergessen wir nicht dabei, diese Suche in uns selbst beginnen zu lassen, um heraus zu finden, wessen wir tatsächlich gebrechen? Was uns fehlt, ist die Einsicht zur Brache. Galt noch im alten Land der Juden die Regel, dass alle sieben Jahre die bewirtschafteten Felder im sogenannten Sabbatjahr ruhig zu fallen hatten, damit sich die Böden erholen konnten, kann es bei der „Aufarbeitung“ der von uns benutzten Flächen und Kulturlandschaften nicht schnell genug gehen, dass neue produktive Zwecke die eben leer geräumten Flächen besetzen. Dabei beginnen diese unbearbeiteten, die keiner Nutzung unterworfenen Flächen, indem wie sie vergessene Landstriche sind, Potential für Ungewisses und „Ersprößliches“, das es zu entdecken gilt. Diese gemarkten, diese verhunzten und von gewaltigen Traktierungen verletzten Landschaften, hinterlassene Gewerkezustände und Produktionsreiche, die ehemals verbotenen Städten glichen, bewacht und stacheldrahtumzäunt, deren Bedeutungsverlust und Wertschwund mit den Produzenten weggegangen ist, diese plötzlich „gelähmten“ toten Wirkungsstätten haben, wie Friedhöfe, fast Atemstillstand gebietendes Schweigen bei sich. Sie tönen nicht mehr und sind als Hülle versteint. Und doch ist mir, als wenn es gerade dort, wo Totenstille sich ausgebreitet hat und der Arbeitslärm abstarb, dass genau da mit leisem Wispern und vorsichtigem Räuspern neues Leben sich traut, den Kopf aus dem Vergessen zu heben. Dieser frühe Morgen ungewissen Werdens verdient unsere Aufmerksamkeit und hat in seiner verschluderten Abwirtschaftung die vornehme Blässe kommender Genesung. Kein Stück vorgau-

kelnder Anmut oder herrschaftlichen Auftretens, nicht Glänzendes haftet dem trügerisch bei. Lediglich um des Seins willen geschieht hier in Unkontrolle, ein Anfang von dem, was wir verlernt haben, Leben zu nennen.

Sich ans Enden zu gewöhnen fällt schwer. Diesem Endgültigen nicht selbstverständlich auch den Untergang beizureden, ist Tagesaufgabe für alle, die wissen, was Veränderung, was Transformation, was Altern bedeutet. Im Hinüber- und Hineinwandern in neue Lebensabschnitte werden wir vom Vergangenen „befreit“. Diesem einen Ort, nämlich dem der eigenen Geschichte, aus der wir kommen, in der wir identifikatorisch verankert, aber nicht betoniert sind, solchen Landschaftslegenden gilt es das zu gönnen, was an und in uns vergangen ist, nämlich Zeit.

Die Umgestaltung unserer Lebenswelt, technisch bedingte, durch die Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte Neumöblierung, sollte nicht zwangsläufig zu jener Entwurzelung führen, die Gentrifizierung genannt wird und die sich bedingenden Faktoren Lebensform und ökonomische Potenz auseinander dividieren. Auf Brachen habe ich gelernt, dass in der natürlichen Überwachung der Hinterlassenschaften sich Dinge, Arrangements, Bilder und Erlebnisse gründen, die nicht zu erwarten waren. Menschengemachtes transformiert zu „gefährlichen“ Wildnissen mit verzauberter Exotik. Noch eben gültige Muster aus einer Zeit dynamischer Beschäftigung verebben zu langsamsten Wachformen sich in Beton, Stein und Eisen verwurzelnder neuer Schösslinge. Leben beginnt. Anders als bislang gewohnt, suchen sich Pflanze und Tier Heimat im bis dato Unzugänglichen. Menschliche Arbeitsstätte, Werkstatt, Fabrik entschlotet sich zur biotopischen Nische und macht aus Geordnetem schier unmögliche Wildwuchsorte.

Peter Strege hat schon an manchem Emscherstrandabend drüber nachgedacht, was das alles soll. .

Impressum

Verlag:
 AMOS c/o Ute Hüttmann
 Herverster Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671
 E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
 AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
 redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto: AMOS
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Bochum | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Heiko Holtgrave und Sebastian Müller

Titelbild: Manfred Walz

Endredaktion/Layout: Axel Lippek

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:
 Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „ilex.de“ (Leipzig).

Paul Wagner

Marl – „Stadt der Möglichkeiten“

Nachdem Marl nach dem Ende der Heilandschen Stadtentwicklungspolitik (Rudi Heiland war Marler Bürgermeister von 1946 – 1965) jahrzehntelang von dessen Erbe gezehrt hatte, fehlte es den politischen Mehrheiten an weiterführenden Ideen und an der Kraft zu einem stadtplanerischen Ansatz. Als dann schließlich vor wenigen Jahren ein sog. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) unter Zuhilfenahme eines Dortmunder Planungsbüros entstand, glaubte man mit dem neuen Slogan „Marl – Stadt der Möglichkeiten“ den großen Wurf gemacht zu haben. Der Neuansatz behauptete zwar, in dem ein oder anderen Sektor bewährte Errungenschaften weiterzuführen, betonte jedoch unverhohlen den Bruch mit einigen Grundsätzen, die von Heiland in den 1960er Jahren entwickelt worden waren.

Das ursprüngliche Konzept einer Stadt zwischen Industrie und dem Lebensbereich der arbeitenden Bevölkerung, fokussiert auf einem Miteinander von Natur und Kultur, hatte bereits durch die lange Planlosigkeit der Stadtentwicklungspolitik Risse und Brüche bekommen. Die Sorglosigkeit bei der Pflege und dem Erhalt architektonischer Highlights, wie sie Heiland in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität in Marl hatte



Foto: Stadt Marl

entstehen lassen, hatte schlimme Folgen. Soweit es sich um öffentliche Gebäude im Besitz der Stadt handelte, geriet ein erheblicher Teil der Bauten und Anlagen in einen ausgesprochen maroden Zustand, bis hin zur Baufälligkeit oder Aufgabe der ursprünglichen Nutzung. Dazu zählten u.a. Schulgebäude, das Rathaus, das städtische Hallenbad, das städtische Jahnstadion und städtische Freibäder. In Teilbereichen konnten wegen mangelnder Mittel, Widerständen aus der Bevölkerung oder von der allgemeinen Entwicklung ausgehebelter Vorstellungen Planungsünden verhindert werden. So wurden an Gigantonomie grenzende Straßenbaupläne obsolet.

Das intelligente Grünkonzept der Stadtplaner Rappaport und Marschall mit seinen Frei- und Erholungsräumen, das bereits im Laufe der Jahre an vielen Stellen löchrig geworden war durch neue bzw. erweiterte Gewerbe- und Wohngebiete, wird durch die im neuen ISEK ausgewiesenen sog. Potenzialflächen teilweise bewusst und vorsätzlich über den Haufen

geworfen. Das gilt für die Stadtmitte, wo nach dem Grundsatz der Verdichtung Freiflächen überplant und zusätzliche Verbindungen für den motorisierten Verkehr geschaffen werden, ebenso wie für den Stadtteil Hüls, in dem ein Waldgebiet für Wohnbebauung geopfert wird, oder den südlichen Außenbereich, wo ein großflächiges Gewerbegebiet entstehen soll. In jüngerer Vergangenheit bereits umgesetzt worden ist durch die Beseitigung einer funktionierenden Siedlungseinheit und eines angrenzenden umfangreichen Buchenwaldes eine Fläche für ein gigantisches Logistikzentrum (Metro). Eine vergleichbare Flächenumwandlung wurde im Grenzbereich mit der Nachbargemeinde Dorsten realisiert (u.a. für weitere Logistikunternehmen). Im schon erwähnten Stadtteil Hüls plant ein Großinvestor in Ergänzung kommerzieller Neubauten den Abriss von Wohnhäusern mit der Option einer sich anbahnenden Inanspruchnahme weiterer angrenzender Wohnbereiche mit umfangreichen Freiflächen in dessen Innenbereich.

Die Umwandlung bzw. Auflösung gewachsener Strukturen und das nicht sonderlich ausgeprägte Bewusstsein für den Charakter und Wert dieser Strukturen dokumentiert sich in der mangelnden Bereitschaft der Stadtoberen, sich schützend vor das historische und kulturelle Erbe dieser Stadt zu stellen. Marl ist wie kein anderer Ort im Revier geradezu exemplarisch geprägt als städtischer Lebensraum des demokratischen Neubeginns nach dem 2. Weltkrieg. Die in dieser Stadt konzentrierte Nachkriegsarchitektur scheint nach und nach zu verfallen, wenn es nicht private und auch öffentliche Kräfte gäbe, die sich gegen den Verfall stemmen. So ist es dem entschiedenen Einsatz zivilgesellschaftlichen Engagements zu verdanken, dass beispielsweise eine Schule vor dem Abriss bewahrt werden konnte, die der Architekt Hans Scharoun geschaffen hat. Rettend eingegriffen hat an der ein oder anderen Stelle die (nicht städtische!) Denkmalbehörde, indem sie beispielsweise die architektonische Substanz des bahnbrechenden Rathausbaus vor dem Abriss bzw. der Verunstaltung gerettet hat.

Die Stadt der Möglichkeiten hat unbestritten auch begründete Ansätze. Klar ist auch, dass eine Stadt ein sich verändernder Organismus ist, den man nicht ungestraft konservieren kann, wenn daraus kein Museum werden soll. Auf der anderen Seite hat jede Stadt aber auch eine Geschichte, von der sie sich nicht einfach lösen kann. Und wenn von Marl die Rede ist, deren Nachkriegsgeschichte in vielerlei Hinsicht als Paradigma einer Stadtwerdung verstanden werden kann – und diese Einordnung wird von der nationalen und auch internationalen Fachwelt bestätigt –, dann gehört es zur Pflicht von Politik und Verwaltung, ein solches Erbe zu schützen, damit sich die hier lebenden Menschen wohlfühlen und sich mit ihrem Lebensraum identifizieren.

Paul Wagner war 1978 vor Bildung der Grünen Partei auf Landes- und Bundesebene (heute: B90/Die Grünen) einer der Gründer der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl; er war von 1979 – 2009 Mitglied im Rat der Stadt Marl. Seit 2009 vertritt er als Sachkundiger Bürger die Wählergemeinschaft im Stadtplanungsausschuss.

Sebastian Müller

Kippt der Riese von Datteln endlich?

Der 180 m hohe Kühlturm des Kohlekraftwerks Datteln IV, des einzigen Steinkohle-Kraftwerksbaus in Europa aus neuerer Zeit, ragt weiterhin trotzig in den Himmel über den Dattelner Riesefeldern und der Lippe-Aue. Völlig größenwahnsinnig in seinen Dimensionen am Stadtrand von Datteln gebaut, zeigt er, was die Energiewirtschaft des Ruhrgebiets auch im einundzwanzigsten Jahrhundert von menschlichen Maßstäben und vom Anpassen an eine Naturlandschaft wie die des Lipperaums hält, nämlich gar nichts. Dunstschwaden stehen nicht über dem Kühlturm, ein sicheres Zeichen dafür, dass das Kraftwerk nach wie vor nicht arbeitet. Schon seit 2006 ist das so, obwohl die rot-grüne Landesregierung und danach die RVR-Versammlung mit ihren jeweiligen politischen Mehrheiten dafür sorgten, dass es jede nur einigermaßen mögliche Baugenehmigung für den Bau und Weiterbau von Datteln IV vom Regierungspräsidenten in Münster gab. Das Stadtparlament von Datteln und das Regierungspräsidium in Münster waren für EoN immer eine sichere Bank. Die ersten Pläne für Datteln IV nahmen so gut wie keine zeitgemäßen Rücksichten auf Nachbarschaft und Naturschutz. Deswegen versuchte eine Bürgerinitiative Dattelner und Waltroper Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung des Bund für Natur- und Umweltschutz (BUND) dagegen zu klagen. Sie bekamen vor den Gerichten in Münster und dann schließlich auch in Berlin Recht. Das war eine große Ermutigung.

Es hat dann EoN nichts genutzt, dass der Dattelner Bebauungsplan nachgebessert wurde. Einige Änderungen am Kraftwerk zum Schutz von Flora und Fauna in der Lippe-Aue sollte es geben. Der Eintrag von Umweltgiften in die unmittelbare Umgebung des Kraftwerks sollte mit Genehmigungsverfahren für Datteln IV verringert werden. Auch den Interessen der Nachbarn an Lärmschutz kam man anscheinend entgegen. Der BUND Nordrhein-Westfalen stellte aber zu dem neuen Genehmigungsbescheid nüchtern fest, dass auch 678 Seiten an Begründungen nicht über gravierende Mängel der Begründung hinweg täuschen könnten. Und klagte auch gegen diese Genehmigung, denn nach wie vor würden Schadstoffe des Kraftwerksbetriebs wie Stickstoff oder Quecksilber in unzulässig großen Mengen auf die besonders empfindlichen Natura-2000-Schutzgebiete der Lippe-Auen und über die Felder der Landwirte im Lippebogen herab regnen. Thomas Krämerkämper, der stellvertretende BUND-Vorsitzende in NRW und selbst Betroffener als Dattelner Bürger, berechnete für 2017 in den Rauchschwaden des Kraftwerks 56 kg Quecksilber und bis zu 8,4 Millionen Jahrestonnen Kohlendioxid.

Datteln IV ist nicht das einzige Kraftwerk an der Lippe, gegen das gekämpft wird. Es gibt auch noch das Trianel Lünen an einer anderen Stelle der Lippe-Schleife. Auch gegen dieses Kraftwerk hat der BUND geklagt und das Genehmigungsverfahren liegt ebenfalls mittlerweile vor dem Bundesverwaltungsgericht Berlin. Die Angelegenheit ist nicht so ganz einfach und die Richter beim Bundesverwaltungsgericht können

und wollen sich wegen der erfolgreichen Klagen gegen die erste Genehmigung für Datteln IV nicht locker über die Argumente des BUND hinwegsetzen. Bei Trianel geht deshalb nichts weiter und es gibt noch keine Genehmigung, weil das Trianel-Gericht richtig vermutet, dass Entscheidungen des Datteln IV-Gerichtes Auswirkungen auf das Verfahren gegen Trianel haben würden. Und so schmort das Verfahren in Berlin vor sich hin, stoppt aber auf alle Fälle beide Betriebsgenehmigungen erst einmal tüchtig. Datteln IV hat außerdem neuerdings erhebliche anlagentechnische Schwierigkeiten. 25.000 alte Schweißnähte müssen überprüft werden. In dem Kessel wurde so genannter T24-Stahl verbaut. Damit gibt es aber Korrosionsprobleme, wie sie schon in anderen neueren Anlagen auftraten. Der Kessel muss gegen einen ohne T24-Stahl ausgetauscht werden. Sicher ein langwieriger und teurer Spaß. 2,1 Mrd. Euro sind in dies Projekt geflossen und 270 Millionen Sonder-Abschreibung sind wegen verspäteter Inbetriebnahme fällig, berichtet die Deutsche Welle.



Insgesamt kommt einem das Kraftwerk in Datteln wie aus der Zeit gefallen vor. Die Bundesbahn, für die der Kraftwerksstrom aus Datteln ursprünglich gedacht war, wirbt schon lange damit, dass ihr Bahnstrom zu hundert Prozent ökologisch erzeugt wird. Die Kohle, die dort verfeuert werden soll, kann auch gar nicht mehr aus dem Ruhrgebiet kommen. Die letzte Steinkohle-Zeche des Ruhrgebiets ist Prosper Haniel in Bottrop. Sie ist so gut wie außer Betrieb. Es übt dort vor allem die Grubenwehr und es gibt noch die letzten Abschlussarbeiten, bis im Dezember dort die letzte Zechenschließung im Ruhrgebiet wer weiß wie feierlich begangen wird. Für Datteln war sowieso schon immer vorgesehen, dass dort auch Importkohle verfeuert würde. Dafür war das Kraftwerk an den Rhein-Herne-Kanal gelegt worden, über den Kohle aus Übersee heran geschafft werden kann. Dass diese ebenso wenig ökologisch erzeugt und verbrannt werden kann wie ehemals die Ruhrkohle, ist doch vollständig klar. Die Bahn kann also den Strom aus Datteln gar nicht mehr brauchen. Datteln IV ist deswegen zukünftig für seinen Ursprungszweck überflüssig. Hohe Effizienz hin oder her: Es kann im Zeitalter der Energiewende auch im Plan der Kohlekommission für die Beendigung der Kohleproduktion in Deutschland kaum noch gehalten werden. Spätestens mit ihr wird es sterben müssen.

Die Importkohle hat den Dattelner Kraftwerksgegnern neue zivilgesellschaftliche Bündnispartner verschafft. Nun ist es nicht mehr der BUND alleine, der an ihrer Seite steht. Es sind auch die kritischen Aktionäre der Betreiberfirma von Datteln IV. Was früher EoN war, heißt heute Uniper und ist eine Aktiengesellschaft. Sie managt aber nur noch die Kraftwerke. Außer dem BUND und den Kritischen Aktionären von Uniper meldeten sich auch „urgewald“ und die niederländische NGO „Pax for Peace“ auf der letzten Hauptversammlung von Uniper zu Wort. Für sie klagte die kolumbianische Aktivistin Maria Fernanda Herrera das Unternehmen Uniper an, dass Lieferkonzerne für Steinkohle beim Abbau der Kohle in einem kolumbianischen Tagebaubetrieb für die Ableitung von zahlreichen Flüssen und Bächen gesorgt hätten, was zu einer Zerstörung des Lebensraums der indigenen Wayúu und etlicher Bauerngemeinden in der Guajira in Kolumbien geführt habe. In seinem Geschäftsbericht zeigte sich Uniper beeindruckt von solcher Kritik. Das Unternehmen wolle ab diesem Jahr strengere Kontrollen bei seinen kolumbianischen Kohlelieferanten einführen. Dabei wolle Uniper auf Verstöße gegen Menschenrechte sowie auf negative Auswirkungen auf die Umwelt achten, schrieb es. Zu welchen Fortschritten es dabei kommt, ist natürlich noch keineswegs geklärt, wird aber von den NGOs in Kolumbien und in Deutschland und darüber hinaus beobachtet und veröffentlicht werden. Globalisierung geht auch einmal so herum.

Ein weiterer Widerstand gegen den Ausbau von Datteln IV könnte sich aus der Gegnerschaft vieler Menschen und Initiativen gegen das falsch angelegte und unsinnig massiv erweiterte deutsche Stromnetz ergeben. Bisher ging der Netzausbau davon aus, dass der Windstrom von den deutschen Küsten im Norden in den windärmeren Süden geleitet werden müsste, um die so genannte Energiewende hin zu bekommen. Aber die Sache mit den Übertragungsnetzen ist nichts zum Anfassen und auch für Experten ein Feld heftiger Fehlberechnungen und Spekulationen. Superstarkstromtrassen und Starkstromtrassen – diese Unterscheidung gibt es wirklich – wurden allerdings von betroffenen Gemeinden und Bürgern wegen der Beschränkungen, die sie in der Bodennutzung auf und um die Stromautobahnen nach sich ziehen, angegriffen und nicht mehr akzeptiert. „Der Ausbau wird so dimensioniert, dass neben erneuerbarem Strom auch der Braunkohlestrom transportiert werden kann. Das ergibt für die Energiewende keinen Sinn“, schrieben Experten des BUND schon in ihrem BUNDmagazin 1-2017. Und dann fließt überall in Deutschland noch „Transitstrom“ aus Polen, Schweden, Frankreich, Italien usw. durch die Leitungen. Nur an den Übergabestationen an den nationalen Grenzen kriegt man ihn zu fassen, nur Gutachten und Studien kriegen alle diese Ströme entwirrt. Und die Netzbetreiber wollen Geld für die Weiterleitung des Stroms, was die Stromkunden bezahlen sollen. Eine so genannte Stromnetzentgeltverordnung – StromNEV – sorgt dafür, dass das passiert. Schon jemals davon gehört, dass es so etwas gibt?

Kann Windenergie wegen Engpässen im Netz nicht abgenommen werden, müssen Windenergieanlagen abgeregelt und ihre Betreiber mit Millionen Euro entschädigt werden. Fährt oder wandert man über die Gipfel der deutschen Mittelgebirge, nimmt man unmittelbar wahr, dass hunderte von Windrädern gerade still stehen und ihre Betreiber durch Nicht-Leistung gerade dafür entschädigt werden, also so

Geld verdienen. Das ist einer der seltenen Momente, in denen auch normale, kleine Stromkunden mit Haushaltsverbrauch etwas von den abstrakten Übertragungsnetzen und deren Profitabilität erahnen können. Auch die modernen, großen Windmühlen ziehen erhebliche Nutzungseinschränkungen in ihrer Umgebung nach sich. Es ist zu vermuten, dass sie den Anliegern immer seltener Freude machen. Ob diese Ahnung dazu reicht, dass die besagten normalen kleinen Stromkunden mit Haushaltsverbrauch gegen die Expertokratie der Stromerzeuger, -verteiler und -durchleiter sowie deren angebliche Kontrolleure rebellieren, nach Aufklärung und Bürgerbeteiligung rufen und Preissenkung fordern? Die Stromkunden sollten vorläufig vielleicht dem BUND einen vernünftigen Beitrag bezahlen, damit seine Stromnetzexperten weiter die Gegengutachten erarbeiten können, mit denen sie die selbstherrlichen Prognosen der Stromerzeuger erschüttern und die interessierte Öffentlichkeit darüber aufklären können, was für ökonomische und politische Interessen sich hinter dem Zahlenspiel von Verbrauchsprognosen und Leistungsstatistiken verbergen.

Sebastian Müller lebt und arbeitet in Dortmund, wo das östliche Ruhrgebiet geographisch allmählich endet.

„Links zur Kohle“

Interessante Internet-Adressen zu

Kohle / Kohleabbau / Kohleverstromung

- Landesverband Bergbaubetroffener NRW e.V. ... www.lvbb-nrw.de
- BUND Landesverband NRW ... www.bund-nrw.de/
- BI Lünen ... www.kontra-kohle-kraftwerk.de
- Bündnis Demokratische Energiewende Dortmund ... www.dew-kommunal.de
- Klimabündnis Niederrhein ... www.klimabuendnis-niederrhein.org
- „Ende Gelände“ ... www.ende-gelaeende.org/de/
- ausgeCO2hlt ... www.ausgeCO2hlt.de
- Verein der Kohlenimporteure e.V. ... www.kohlenimporteure.de
- Ruhrkohle AG (RAG) ... www.rag.de
- RAG-Stiftung ... www.rag-stiftung.de

Lesetipp

Georg F.W. Tempel (Hg.)

Die große Klosterapotheke

Essen 2017, Klartext Verlag

Der Titel verspricht fundiertes altes Wissen für Menschen, die sich Alternativen zur aktuellen Medizin versprechen. Wer sich einen Überblick der Medizin im Mittelalter verschaffen will, ist hier richtig. Es ist aber befremdlich, wenn das chinesische Qi Gong im Zusammenhang mit der damaligen Klostermedizin genannt wird. Bei der praktischen Umsetzung des Fastens sind die zusammengestellten Kochrezepte hilfreich. Auch hier kommen Zweifel, ob indische Flohsamenschalen damals schon zur Darmreinigung eingesetzt wurden. Ansprechender ist das Kapitel heilkundlicher Gewürzrezepte und Kräuterweine. Da spürt man die Verarmung unserer Küche. Galgant, Ingwer, Zimt und Muskatnuss sind nicht unbekannt, aber bei Bertram und Zitwerwurzel müsste so mancher Leser nachschlagen, was das ist. Nach mittelalterlichen Heil- und Verhütungsmethoden, die man nur schwer der Klosterapotheke zuordnen kann, sind es die Anleitungen und Rezepte für eine kleine eigene Hausapotheke, die das Thema treffen. Inwiefern Heilkräuter in der alltäglichen Küche Verwendung gefunden haben, wäre ein interessantes Thema gewesen. Die Vorstellung einiger Heilpflanzen aus dem eigenen Garten macht Lust, es selbst mit dem Anbau und der Verwendung zu probieren. Das Thema hat neugierig gemacht, aber für die Umsetzung wären mehr konkretere Informationen sinnvoll gewesen wie preisgünstige und gute Bezugsquellen der verwendeten Kräuter oder Anbautechniken.

Dr. Olaf Ermisch (Marl)

Heiko Holtgrave

Schmutzige Kohle

Mit der Schließung der letzten Zechen hierzulande werden die deutschen (Steinkohle-)Kohlekraftwerke künftig ausschließlich mit Importkohle gefüttert. Bereits seit Jahren zählt Kolumbien neben Russland und den USA zu den drei wichtigsten Kohle-Lieferländern für den deutschen Markt.

Doch die Auswirkungen des Abbaus in Kolumbien sind verheerend – für die dort lebenden Menschen und für die Umwelt: Flüsse trocknen aus, Quellen versiegen, Menschen erkranken an der hohen Staubbelastung der Luft, Gemeinschaften werden auseinandergerissen und ihrer traditionellen Existenzgrundlagen beraubt.

Der tägliche Wahnsinn für die Menschen dort besteht aus riesigen Kohlestaubwolken, die u.U. kilometerweit ins Land ziehen und sich auf Pflanzen und Lungen legen, fortwährenden Sprengungen, donnernden Güterzügen, immer neuen Schikanen durch Sicherheitspersonal der Mine oder auch marodierende Banden. Und aus dem ständigen Kampf um sauberes, trinkbares Wasser.

Das Bergbauunternehmen Cerrejón brüstet sich gerne damit, während der letzten Dürreperiode den umliegenden Dörfern mit Wasserlieferungen ausgeholfen zu haben. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Anwesenheit der Mine hat die Wasserknappheit in der Region dramatisch verschärft. Dazu muss man wissen: Die Provinz ist eine der Regionen mit den größten Wasserdefiziten im Land und wegen ihrer Trockenheit auch offiziell in die Kategorie „high shortfall“ eingestuft.

Die Mine El Cerrejón verbraucht für Betrieb und Anlagen pro Jahr die sagenhafte Menge von 1 Million Kubikmetern an Frischwasser. Auf den Tag gerechnet macht das 2,6 Mio. Liter. Würde man diese Menge auf die gesamte Einwohnerschaft der Provinz La Guajira verteilen, so hätte jeder Einwohner 3,0 Liter mehr am Tag zur Verfügung. Tatsächlich müssen die Menschen in manchen Gegenden aber mit weniger als einem Liter an trinkbarem Wasser auskommen!

Der Standort der Mine liegt mitten im Ranchería-Becken. Der Hauptfluss der Provinz, der Rio Ranchería, fließt durchs Konzessionsgebiet hindurch. Für die Betreiber, ein Gemeinschaftsunternehmen mehrerer internationaler Rohstoffkonzerne, ist das einerseits, wegen des hohen Wasserbedarfs, ein Segen. Andererseits ist der Flusslauf samt seinen Zuflüssen für das Unternehmen auch ein Ärgernis, denn er verhindert den Zugang zu den Lagerstätten unter dem Flussbett und damit deren Abbau. Vor einigen Jahren gab es den Plan, den Rio Ranchería auf einer Länge von 28 km (!) umzuleiten, doch internationale Proteste und ein zur gleichen Zeit fallender Weltmarktpreis sorgten dafür, dass das Unternehmen davon erst mal wieder Abstand nahm. Stattdessen treibt man die Gruben beidseits des Flusses voran und kassiert dabei einen Zufluss zum Rio Ranchería nach dem anderen ein.

Die Jahresförderung der kolumbianischen Kohlebergwerke betrug zuletzt 82,8 Mio. t an hochwertiger Kraftwerkskohle, nebst 6,6 Mio. t an Kokskohle (2017). Die Kraftwerkskohle wurde komplett exportiert, überwiegend nach Europa und in die Türkei.

Die Guajira gehört jedoch weiterhin zu den ärmsten Regionen Kolumbiens. Von den Erträgen aus der Vermarktung

der Kohle landet so gut wie nichts in der Region selbst. Das kennen wir aus vielen Bergbauregionen des globalen Südens: Egal, ob wir die Platinbergwerke in Südafrika nehmen, die Coltan-Gruben im Ostkongo oder die Kohlegruben im Norden Kolumbiens: Die versprochene Verbesserung der Lebensverhältnisse bleibt aus, vielfach werden die Menschen sogar ihrer alten Existenzgrundlagen beraubt. Die Erlöse wandern zu den Multis im globalen Norden. Und in die Taschen ihrer Aktionäre.

Der Widerstand in Kolumbiens Bergbauregionen nimmt verständlicherweise zu.

Mit welchem Recht eignen sich ausländische Konzerne die natürlichen Kohlevorkommen Kolumbiens an? Mit welchem Recht vertreiben diese Konzerne indigene und afro-kolumbianische Dorfgemeinschaften von ihren angestammten Siedlungsplätzen? Zählen der Energiehunger Europas und die Profitgier bestimmter Unternehmen mehr als die Unversehrtheit und die Lebensperspektiven der Menschen, die im Umfeld der Minen leben? Wieso schaffen es die multinationalen Konzerne nicht einmal, den vertriebenen Gemeinschaften in der näheren Umgebung angemessene Ersatzstandorte mit vergleichbaren Lebensbedingungen anzubieten? Mit welchem Recht nötigen sie die Gemeinschaften, ihre sozialen Bezüge und ihre traditionelle Lebensweise aufzugeben?

Noch steht das Ruhrgebiet voller Kohlekraftwerke – NRW versteht sich schließlich nach wie vor als Energieland No. 1. Deren Betreiber – egal ob sie RWE, Steag oder Trianel heißen – profitieren alle von den niedrigen Produktionskosten bei der Steinkohle aus Kolumbien. Wir sollten ihnen mehr auf die Finger schauen. Denn die Abnehmer der kolumbianischen Kohle tragen eine Mitverantwortung für die Verhältnisse, unter denen der Brennstoff gewonnen wird. Eines dieser Unternehmen, die Steag, ist sogar im alleinigen Besitz von Kommunen, nämlich von 6 Städten aus dem Ruhrgebiet. Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg, Dinslaken und Oberhausen haben zusammen über 1,2 Mrd. Euro dafür auf den Tisch gelegt. Jetzt müssen sich die (Ober-) Bürgermeister auch Fragen danach gefallen lassen, ob die Steag und ihre Lieferanten die Menschenrechte in den Herkunftsländern achten und wie sie es mit den Zielen der Pariser Klimakonferenz halten.

Heiko Holtgrave lebt in Dortmund, Mitglied mehrerer Initiativen, u.a. Initiative Dortmund-Kolumbien

„Links zur Kohle“

Interessante Internet-Adressen zu Kohle in Kolumbien

- Kolko Menschenrechte für Kolumbien e.V. ... www.kolko.net/
- Arbeitskreis Schweiz-Kolumbien ask ... www.askonline.ch/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/bergbau-und-rohstoffkonzerne/
- CENSAT Aqua Viva ... <http://censat.org>
- Indepaz Kolumbien ... www.indepaz.org.co/category/regiones/costa-caribe/
- Homepage Mine El Cerrejon ... www.cerrejon.com/?lang=en

Eckhard Althaus

Der Eon-RWE/innogy-Deal

Die Meldungen über die Zerschlagung von Innogy waren wie ein Paukenschlag, war doch Innogy erst 2016 mit großem Tam-Tam gegründet worden. Die Umstrukturierungen, die seit 2016 stattfinden, sind eine Reaktion auf die schon länger andauernde Krise der atomar-fossilen Energiewirtschaft. Die komplexen Krisenursachen wären ein eigenes Thema.

Eon und RWE haben unterschiedlich auf ihre Krise reagiert

Eon hat 2016 das Geschäft mit Kohle und Gas in eine Neugründung namens Uniper ausgelagert. Bei Eon verblieben die Kernkraftwerke sowie die Geschäfte mit „Ökostrom“, Vertrieb und Netzen. Die regenerativen Energien spielten dabei jedoch nur eine geringe Rolle. Inzwischen hat sich Eon durch Verkauf vollständig von Uniper getrennt und wurde so die Kohleverstromung los.

Auch RWE hatte 2016 eine Tochter namens Innogy ausgegliedert, mit einer Beteiligung von fast 77% aber weitgehend die Kontrolle darüber behalten. Es handelt sich nicht zuletzt um eine Reaktion auf das miserable Image des Konzerns, der die meisten der klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke betreibt und damit der größte CO₂-Emittent in Europa ist. Außerdem verübt RWE im Rheinischen Braunkohlerevier massive (legale) Umweltverbrechen in Verbindung mit der Vertreibung tausender Menschen aus ihren angestammten Heimatgemeinden. Dagegen richtet sich wachsender Widerstand.

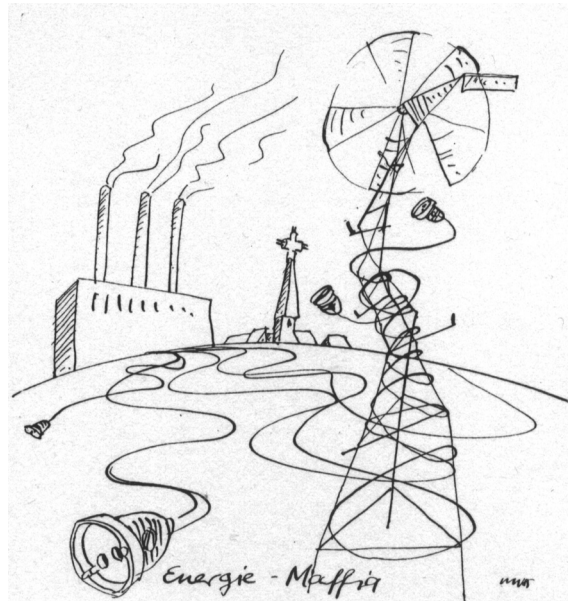
Die Geschäftsfelder Netze, Vertrieb und Erneuerbare Energien waren von RWE auf Innogy übertragen worden, womit Innogy ein „grünes“ Image erhalten sollte. Bei RWE blieben die Stromerzeugung aus atomaren und fossilen Quellen sowie die anteiligen Gewinne aus der Beteiligung an Innogy, die hauptsächlich aus den Bereich der Netze stammen. Innogy war mit einem relativ geringen Anteil regenerativer Energien nicht wirklich erfolgreich.

Deshalb haben sich die jahrzehntelangen Erzrivalen RWE und Eon zusammengesetzt, um sämtliche Geschäftsfelder neu zu ordnen und Innogy unter sich aufzuteilen.

Die Neuordnung bei RWE und Eon

In Fachkreisen wurde seit Jahren vorausgesagt, dass Eon oder RWE vom Markt verschwinden würde. Wenn die gesellschaftlichen Folgekosten, die mit der Braunkohleverstromung verbunden sind, dem RWE angelastet würden, wäre der Konzern vorrangiger Insolvenz kandidat. Die zuständigen Ak-

teure aus CDU und SPD haben jedoch alles getan, der Braunkohlewirtschaft das Überleben zu sichern. Nicht nur, dass für eine ansehnliche Vergütung nach und nach einige Braunkohlekraftwerke in den „Standby-Modus“ versetzt werden. Eine weitere Hilfe erhielten die atomar-fossilen Energiekonzerne durch die Aushöhlung des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) mit der Einführung von Ausschreibungen und Obergrenzen für den Zubau. Dadurch wurde der Ausbau regenerativer Energien drastisch ausgebremst. Dies hatte u.a. zur Folge, dass die Klimaschutzziele früherer Bundesregierungen hinfällig wurden, RWE aber bis heute überlebt hat.



In den Geschäftsfeldern von RWE und Innogy einerseits, sowie Eon andererseits, gibt es erhebliche Überschneidungen, so dass aus der Sicht unternehmerischer Rationalität eine konsequente Aufteilung ohne Parallelaktivitäten logisch erscheint. Die Aufteilung ist inzwischen grob fixiert:

RWE übernimmt (zusätzlich zu den eigenen Kraftwerken) die Beteiligungen von Eon an drei Kernkraftwerken.

Außerdem erhält RWE den gesamten Bereich der regenerativen Energien und wird so zu einem reinen Stromerzeuger. Eon hat dann mit der Erzeugung nichts mehr zu tun, übernimmt dafür alle anderen Geschäftsbereiche.

Damit bekommt Eon den gesamten Bereich der Netze. Dazu gehört der größte deutsche Übertragungsnetzbetreiber Amprion und der wohl größte deutsche Verteilnetzbetreiber Westnetz (Strom, Gas, Wasser und Fernwärme). Beide waren 100-prozentige Töchter zunächst von RWE, dann von Innogy. Sowohl Amprion als auch Westnetz haben übrigens ihren Firmensitz in Dortmund. Die Netze stellen „natürliche“ konkurrenzlose Monopole dar, die reguliert sind und damit ansehnliche und vor allem langfristig gesicherte Renditen ermöglichen.

Die neue Macht von Eon, die „Reste“ für RWE

Die Verfilzung von RWE mit Ruhrgebietskommunen ist berüchtigt. Durch die Zerschlagung von Innogy übernimmt Eon nach bisheriger Planung die Beteiligung an 100 Stadtwerken und regionalen Energieversorgern sowie rund 3.000 Stromnetz-Konzessionen, nicht nur in NRW. Eon würde damit zum neuen „Partner“ vieler Kommunen, sofern diese mitspielen. In vielen Fällen dürfte sich aus der Übernahme durch Eon ein Sonderkündigungsrecht ergeben („Change of Control-Klausel“), so dass die kommunalen Vertragspartner auch ganz aus dem Vertrag aussteigen könnten. Darin liegt eine große Chance für die Kommunalisierung der Energiever-

sorgung, wenn denn die Entscheidungsträger in den Kommunen bereit wären, die Herauslösung der Versorgung aus privatwirtschaftlichen Profitinteressen umzusetzen. Dies würde einen Schritt zur dringend erforderlichen Demokratisierung der Energieversorgung bedeuten! Zusammen mit den bereits jetzt von Eon gehaltenen Konzessionen dürfte der Konzern nach Berechnungen des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie nach Abschluss der Neustrukturierung mehr als die Hälfte der insgesamt rund 20.000 Verteilnetz-Konzessionen bei Strom und Gas halten. Daraus ergibt sich eine ungeheure Marktmacht!

Bei Innogy trug der Netzbetrieb mehr als 60% zum Gewinn bei. Mit der Übernahme der Netze wird Eon jedenfalls einen deutlichen Vorteil aus dem Deal erlangen. RWE bleibt auf der gesamten klimaschädlichen und nicht zukunftsfähigen Energieerzeugung sitzen, soll dafür aber mit 16,7% größter Einzelaktionär bei Eon werden. Wie RWE letztendlich aus dem Deal herauskommt, wird sich zeigen. Es ist durchaus möglich, dass die Zerschlagung von Innogy auf lange Sicht auch das Aus für RWE nach sich ziehen könnte.

Der Ablauf der Zerschlagung von Innogy

Zunächst soll Innogy vollständig an Eon übergehen und die beschlossene Aufteilung dann gemeinsam mit RWE durchgeführt werden. Diese soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Für die Beschäftigten der drei Konzerne werden sich erhebliche Probleme ergeben. Die „Bereinigung“ von doppelt besetzten Geschäftsfeldern wird nach bisherigen Angaben 5.000 Arbeitsplätze kosten. Zugesichert wurde zwar, dass „betriebsbedingte Beendigungskündigungen praktisch“ ausgeschlossen sein sollen. Es ist aber damit zu rechnen, dass auf die Beschäftigten erhebliche Belastungen zukommen werden. So arbeiten z.B. in Dortmund rund 500 Beschäftigte im Vertriebsbereich von Innogy. Der übernehmende Konzern Eon steuert seinen Vertrieb aber zentral aus der Nähe von München.

Ab September soll über Tarifverträge zur Absicherung der Beschäftigten verhandelt werden. Daran sind ver.di und die IG BCE beteiligt. Man kann den Vertretern der Beschäftigten nur viel Erfolg wünschen, auch wenn sich beide Gewerkschaften den Erfordernissen des Klimaschutzes bisher eher in den Weg gestellt hatten.

RWE wird mit der Macht als Erzeuger weiterhin versuchen, die Energiewende massiv zu behindern. Dafür verfügt RWE über ein ganzes Netzwerk von politischen Verbindungen von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundesregierung, die ihr verantwortungsloses Hinauszögern der dringend notwendigen Schritte gegen den zunehmenden Klimawandel Hand in Hand mit der fossilen Energiewirtschaft fortsetzen wird. Nur durch den Aufbau von politischem Gegendruck, wird sich verhindern lassen, dass RWE noch jahrzehntelang (Braun-) Kohle verfeuert und damit Klimaschutzziele in immer weitere Ferne rücken.

Eckhard Althaus, geboren 1948, seit 1986 in Dortmund, seit mehreren Jahren aktiv im Bündnis DEW kommunal und bei Attac. Mitglied in drei Energiegenossenschaften

Rolf Euler

„RevierGestalten – Von Orten und Menschen“

Unter diesem Titel – eher am Rand der Aufmerksamkeit – zeigt das LWL-Industriemuseum auf dem ehemaligen Bergwerk „Zollern“ in Dortmund-Bövinghausen einige der handelnden Personen des Wandels im Revier, die ehemaligen Bergleute der Anlage und ihre Arbeits- und Wohnsituation. Vor allem aber geht es um die Menschen, die vom Strukturwandel bedroht sich in Jugend- oder Bürgerinitiativen zusammantaten.

Fotos, alte Zeitungen, Videos zeigen die Menschen in Bewegung. Es geht dabei um den Erhalt von Arbeitersiedlungen oder um die Neubesetzung von stillgelegtem Bergwerksgebäude und Gebäuden. Diese Kolonien waren den Gesellschaften, die ihre Pütts ab Ende der 1950er Jahre stilllegten, ein lästiger „Kostenfaktor“, die sie loswerden wollten, oder zumindest umwandeln in Wohnsiedlungen mit Mehrfamilien- und Hochhäusern ohne Nutzgärten.

Gezeigt wird der Kampf um die Kolonie Eisenheim in



Oberhausen, Rheinpreußen in Duisburg, die Auguststraße in Gelsenkirchen und die Alte Kolonie Eving in Dortmund. Hungerstreikende Frauen, Transparente, Plakate zeigen diese widerständige Zeit. Nicht alle verliefen erfolgreich – das Museum zeigt auch die Gegenbeispiele, wo riesige Hochhäuser auf dem Areal von kleinteiligen Gartensiedlungen entstanden. Die sozialen Folgen dieser Architektur türmen sich in den letzten Jahren.

Dazu zeigt das Museum die Initiativen gegen den Abriss von Industriegebäuden am Beispiel der Zeche „Carl“ in Essen und des Bahnhofs Bochum-Langendreer, bei denen vor allem Jugendliche für selbst verwaltete Kulturzentren diese Gebäude besetzten – in den beiden Fällen gegen politischen Widerstand und mit letztlichem Erfolg. Beide Kulturzentren gibt es nach wie vor, allerdings nicht in dem politisch radikalen Zuschnitt wie sie damals entstanden.

Protest und Widerstand, der die Orte der Bergarbeit in Orte des Wohnens und Lebens umwandelt – das ist auch „museumsreif“. Gerade deswegen sollte die Ausstellung auf Zollern besucht werden, um die alten Erfahrungen in neuen Zeiten nicht verkümmern zu lassen. (noch zugänglich bis 28.10., dienstags bis sonntags, 10 bis 18 Uhr)

Protest und Widerstand, der die Orte der Bergarbeit in Orte des Wohnens und Lebens umwandelt – das ist auch „museumsreif“. Gerade deswegen sollte die Ausstellung auf Zollern besucht werden, um die alten Erfahrungen in neuen Zeiten nicht verkümmern zu lassen. (noch zugänglich bis 28.10., dienstags bis sonntags, 10 bis 18 Uhr)

Gerd Falkenhain

Grubenwasser – Pumpen bis in alle Ewigkeit

Mit dem Ende des Steinkohlenbergbaus muss das salzhaltige Grubenwasser weiter abgepumpt werden, damit dieses nicht ansteigt und sich mit dem nicht salzhaltigen oberen Grundwasser vermischt, das der Wasserversorgung dient. Aber auch dieses muss teilweise durch Polderpumpen abgepumpt werden, um die durch die Auskohlung abgesenkten Gebiete wasserfrei zu halten. Beide Aufgaben zählen zu den Ewigkeitsaufgaben des Steinkohlenbergbaus.

Die größeren Probleme dürften sich durch die Hebung der Grubenwässer ergeben. Im Ruhrgebiet sind 6 Hebestellen, offiziell Grubenwasserhaltungsstandorte genannt, vorgesehen: an der Ruhr, die schon seit langem in Betrieb Befindlichen: Robert Müser und Friedlicher Nachbar in Bochum und Heinrich in Essen, an der Lippe: Haus Aden und am Rhein: Walsum und Lohberg.

Es wird bei diesem Konzept davon ausgegangen, dass, abgesehen von den östlichen Bereichen, das Grubenwasser des zentralen Bereichs des Ruhrgebietes selbstständig nach Westen, also nach Walsum und Lohberg, abfließt und so früher genutzte Hebestellen aufgegeben werden können. Sollte dies sich so einstellen, wäre ein wichtiges Ziel erreicht, nicht mehr in die Emscher einleiten zu müssen, was nach der Renaturierung auch gar nicht mehr möglich wäre.⁽¹⁾

Dennoch dürften sich Probleme ergeben wie durch die thermische Belastung der Wässer, durch ihren Salzgehalt oder durch organische Bestandteile wie das PCB. Darüber hinaus sind in den 1990er Jahren in einigen Bergwerken toxische Sonderabfälle verbracht worden. Nach Harald Friedrich soll es sich um bis zu einer halben Million Tonnen Material handeln.⁽²⁾

Zwar sollen an den Hebestellen zur Absicherung Flächen zur Grubenwasserbehandlung vorgehalten werden, aber vorgesehen ist die direkte Einleitung in Ruhr, Lippe und Rhein. Da diese Flüsse der Trinkwassergewinnung dienen, ist insbesondere der PCB-Gehalt der einzuleitenden Grubenwässer von größter Bedeutung.⁽³⁾

Die PCBs zählen zu den zwölf als „dreieckiges Dutzend“ bekannten organischen Giftstoffen, welche durch die Stockholmer Konvention vom 22. Mai 2001 weltweit verboten wurden. PCB gilt als stark wassergefährdend.

Die in Behältnissen oder im Gestein befindlichen PCBs befinden sich in großer Teufe. Unterstellt man eine mittlere Dichte von 1,4 g/cm³, so ist diese so hoch, dass man annehmen kann, dass die PCBs zu schwer sind, um aufschwimmen zu können. Aber daran sind Zweifel angebracht, wie sich im Saarland zeigte:

Erst im März dieses Jahres hatte das Umweltministerium des Saarlandes veranlasst, dass die Ruhrkohle AG (RAG) bis Ende des Jahres einen Plan für die Reinigung von PCB-haltigem Grubenwasser vorlegen muss. Nur dann dürfe sie auch bis 2021 Grubenwasser in saarländische Flüsse und Bäche einleiten. Zuletzt war bekannt geworden, dass es erhöhte PCB-Werte im saarländischen Grubenwasser gegeben hatte.⁽⁴⁾

In NRW untersucht u.a. das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) die Oberflächengewässer, in die Grubenwässer eingeleitet werden, und kommt zu dem Schluss: „In allen mit Grubenwasser beaufschlagten Flusseinzugsgebieten in NRW sind bergbaubürtige PCB nachweisbar. Die PCB Konzentrationen in den derzeit in den Flüssen transportierten Schwebstoffen liegen deutlich unterhalb der nach OGeV (Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer) einzuhaltenden Norm von 20 µg/kg TS.“⁽⁵⁾

Ferner ist anzunehmen, dass sich durch die mit dem Konzept für die Grubenwasserhebung verbundene Maßnahme, den Grubenwasserpegel von ca. 1.000 m auf z.B. 600 m Teufe anzuheben, die oben erwähnten Probleme entschärfen: Die thermische Belastung der Wässer ist wegen der niedrigeren Gebirgstemperaturen weniger stark. Wegen ihrer Schichtung nach der Dichte könnten sich auch die Probleme der Wässer auf Grund ihres Salzgehaltes, ihres PCB-Gehaltes sowie ihres Gehaltes an gelösten toxischen Substanzen der eingelagerten Sonderabfälle verringern. Das muss aber noch geprüft werden.

2007 wurde die RAG Stiftung gegründet mit dem Ziel, die beschriebenen Maßnahmen der Grubenwasserhebung und möglicherweise auch die Behandlung der Grubenwässer sowie die Poldermaßnahmen nach dem Ende des aktiven Bergbaus zu betreiben. Die hierfür erwarteten Kosten von ca. 220 Mio. € pro Jahr soll sie finanzieren.

Darüber hinaus ist nach dem Ende des aktiven Bergbaus aber auch noch mit Bergschäden zu rechnen, die nicht zu den Ewigkeitslasten zählen, wohl aber noch über längere Zeiten Probleme verursachen können. Bergschäden können vereinzelt auftretende Tagesbrüche im Süden des Ruhrgebiets oder mehr oder weniger große Bergsenkungen eher nördlich der A 40 sein, die zu Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur führen können. Die Bergsenkungen können auch von bergbaubedingten Erdbeben begleitet sein. Nach dem Wiederanstieg der Grundwasserspiegel kann es außerdem durch Quellung des Erdreiches zu Hebungen kommen, die ebenfalls die Baustruktur negativ beeinflussen können. Die Beseitigung von Bergschäden regelt das Bundesberggesetz: Nach diesem Gesetz haftet für die Regulierung der Bergbaubetreiber, also überwiegend die RAG. Sie hat durchschnittlich noch jährlich 20.000 Bergschäden abzuwickeln!

Der aktive Steinkohlenbergbau endet in Deutschland noch in diesem Jahr, der Nachbergbau hat schon begonnen.

(1) s. www.rag.de/verantwortung/handlungsfelder/ewigkeitsaufgaben/
(2) www.lvbb-nrw.de/2016/beitraege_jubilaum/2016-04-07-Friedrich%20Praesentation%20IBB-Teil%20I%20und%20Teil%20II

(3) https://de.wikipedia.org/wiki/Polychlorierte_Biphenyle

(4) www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/umweltausschuss_pcb_grubenwasser100.html

(5) www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/wasser/pdf/2015-12-10_Grubenwasser-Sondermessprogramm_2015.pdf

Knut Unger

Mieterhöhungsmaschinen

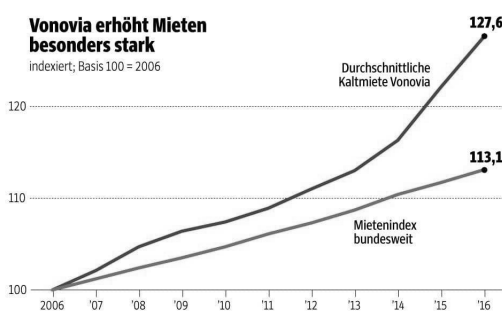
Im letzten Jahrhundert wurden im Ruhrgebiet zahlreiche Werksiedlungen errichtet. Seit sie an Private-Equity-Fonds verkauft wurden, werden sie zur Konstruktion von global gehandelten Finanzanlagen missbraucht. Auf eine Phase der Vernachlässigung folgten Umschuldungen, Börsengänge und dann gegenseitige Übernahmen. Mittlerweile haben wir es in NRW vor allem mit zwei börsennotierten Wohnungsriesen zu tun: Vonovia SE (über 400.000 Wohnungen in mittlerweile drei europäischen Ländern) und LEG Immobilien AG (140.000 Wohnungen in NRW). Ihre Aktien und Anleihen sind gefragt. Die Kurse steigen. Quartal für Quartal präsentieren sie wachsende Mieteinnahmen, Jahr für Jahr zahlen sie höhere Dividenden aus.

Die wichtigste Triebfeder für dieses Wachstum sind seit einigen Jahren „Modernisierungsmaßnahmen“. In industrieller Serienproduktion stülpen Vonovia und LEG Polystyrol-Verpackungen über die angegrauten Arbeiterriegel, ersetzen pflegeleichte Glasbausteine durch „wertiger“ erscheinende Hausflurverglasungen, sanieren marode Hauseingänge mit sperrigen Einheitsglastüren, installieren teure Heizungsanlagen unter Einsatz unterbezahlter Laien und bauen neue Balkone an, egal ob die MieterInnen das wollen oder nicht.

In der Öffentlichkeit stellen sie das alles als einen Beitrag zum Klimaschutz dar, als eine Verschönerung der Städte, als einen Segen für die Mieter. In Wirklichkeit geht es nur um eins: Mit Hilfe der Modernisierungen lässt sich an den MieterInnen – sehr oft Arbeiterwitwen mit kleinen Renten, Erwerbslose und Leute mit niedrigen Einkommen – jede Menge Kohle verdienen. Der Paragraph 559 BGB lässt es zu: Die von den Vermietern bestimmten „Kosten“ einer „Modernisierung“ können mit 11% pro Jahr zu Lasten der Mieter verzinst werden. Die Mieter können sich dagegen nur dann erfolgreich wehren, wenn sie sehr gut rechtlich beraten, kollektiv organisiert und auch hinreichend mutig sind. Und das alles kam bis vor kurzem im Ruhrgebiet nur selten zusammen.

Angesichts von Finanzierungskosten von weit unter 2% verwandelt das Gesetz die Vermietungskonzerne in monströse Mieterhöhungsmaschinen. Die börsennotierten Großvermieter kommen nicht nur besonders leicht an Kapital und Kredite. Sie können überdies die standardisierten Bauteile weltweit günstig von abhängigen Lieferanten einkaufen und über ihre Dumpinglohntöchter zu hohen Preisen abrechnen. Da kaum jemand ihre undurchsichtigen Kalkulationen prüft, ist es kein Wunder, dass die „Modernisierungen“ jede Menge Reparaturen enthalten, deren Kosten eigentlich nicht „umgelegt“ werden dürften. Obendrein sinken auch noch die zukünftigen Instandhaltungskosten, während der Verkehrswert der Immobilien steigt, einschließlich der mittlerweile schon unterjährig vorgenommenen Erhöhungen der Wertzuschreibungen aufgrund zukünftig erwarteter Mietsteigerungen.

Die Folgen für die MieterInnen sind dramatisch. Jedes Jahr überschreitet die Vonovia neue Rekordmarken bei den Mieterhöhungen nach Modernisierung. Inzwischen ist sie in Dortmund oder Essen bei weit über 50% Mieterhöhung angelangt. Gerade im Ruhrgebiet sind immer mehr MieterInnen mit existenzgefährdenden Mieterhöhungen konfrontiert. Geringverdienern und Arbeiterwitwen mit Einkommen von nicht einmal 1.000 Euro drohen Wohnkostenbelastungen von weit über 700 Euro. Wer sich da zum Umzug genötigt sieht, hat immer größere Probleme. Das Angebot an noch relativ preiswerten, ehemaligen Werks- und Sozialwohnungsbeständen sinkt gerade durch diese massenhaften Modernisierungen rapide. Wer seine modernisierte Wohnung verlässt, wird immer öfter durch einen Haushalt ersetzt, der eine noch höhere Miete zu zahlen bereit ist. Wohnungssuchende Familien rücken zusammen, damit das Jobcenter die weit über dem örtlichen Durchschnitt liegenden Quadratmeter-Mieten übernimmt. So entsteht auch im Ruhrgebiet ein Teufelskreis der Verknappung bezahlbaren Wohnraums, der insgesamt die Mieten antreibt und die Kommunen vor riesige Versorgungsprobleme stellt. Wie sollen die vielen preiswerten Wohnungen, die gerade weg„modernisiert“ werden, je durch neue Sozialwohnungen ersetzt werden können?



Die vorherrschende Wohnungspolitik reagiert auf diese dramatische Bedrohung mit Vorschlägen, die für das Ruhrgebiet weitgehend ohne Bedeutung sind. Die geplante Senkung der mieterhöhenden Verzinsung von elf auf acht Prozent kümmert

die Konzerne gar nicht. Sie machen schon jetzt mit weniger „Umlage“ gewaltige Renditen. Inzwischen aber wächst unter MieterInnen der Widerstand. Dazu treibt sie die schiere Not, die Angst vor Wohnungsverlust und Armut, die stärker werden kann als die Furcht, sich mit dem „Hausherrn“ anzulegen.

Widerständigen MieterInnen kommt entgegen, dass sich die Vermietungskonzerne nicht mit der braven Nutzung der Bereicherungsmöglichkeiten begnügen, die die Gesetze ihnen ohnehin bieten. Es findet sich kaum eine Modernisierungsankündigung, die einer konsequenten rechtlichen Prüfung standhält. Obwohl für die Planung der Baumaßnahmen hohe Kosten berechnet werden, kommt es zu jeder Menge Fehlern, Pfusch und Baumängeln. Die Mieterhöhungserklärungen bestehen aus vorgefertigten Textbausteinen, die von immer mehr Gerichten als unzureichend einkassiert werden und inhaltlichen Überprüfungen nicht standhalten.

In einem Modernisierungsabschnitt in Witten-Heven ist es uns dank lebendiger nachbarschaftlicher Strukturen und einiger aktiver Personen gelungen, die übliche Angst und Passivität jedenfalls zum Teil zu durchbrechen. Als im Herbst

2017 bekannt wurde, dass die Vonovia nach ihren Modernisierungen Mieterhöhungen von bis zu 46% verlangen wollte, war das für viele MieterInnen ein Schock. Bei den Alten und Armen ging die Angst um die Existenz um, bei anderen zumindest die Wut darüber, dass der Vermieter nach Jahrzehnten der Untätigkeit willkürlich Sanierungen und Veränderungen auf Kosten der Mieter durchsetzen wollte. Auf Initiative des MieterInnenvereins bildete sich schnell eine Kerngruppe von Betroffenen, die sich das nicht gefallen lassen wollte. Gemeinsam organisierte sie eine medienwirksame Mieterversammlung, zu der die eingeladenen Vonovia-Vertreter in letzter Minute absagten. Auf der Versammlung wurde dann der „Mieterrat Heven“ gebildet, der seitdem die Vonovia mit den Forderungen der Betroffenen konfrontiert, Kommunalpolitik und Medien einbezieht und in Gesprächen mit der Regionalleitung des Vermieters Zugeständnisse zu erreichen versucht.

Auf diesem Weg gab es viele rechtliche Schreiben des MieterInnenvereins, zahlreiche Konflikte auf den Baustellen, verweigerte Wohnungszugänge, Protestversammlungen, Unterstützungen von Politikern, die Einrichtung eines runden Tisches bei der Stadtverwaltung und schließlich in mehreren Runden auch substantielle Zugeständnisse der Vonovia. Diese bewegen sich in Witten fast ausschließlich im Rahmen von sogenannten Härteeinwänden gegen Mieterhöhungen, die das Existenzminimum gefährden. Die Vonovia akzeptierte frühzeitig, dass durch eine Mieterhöhung keine Warmmietenbelastung von mehr als 30% des Nettoeinkommens entstehen dürfe. Keine Zugeständnisse wollte sie zunächst bei MieterInnen machen, die schon vor der Mieterhöhung Wohnkos-

tenbelastungen von über 30% hatten oder besondere Kostenbelastungen – z.B. durch Kinder – geltend machen wollten. Nach zahlreichen Scharmützeln sagte die Vonovia auch in den meisten dieser Fälle zu, die Miethöhe auf ein niedrigeres Niveau abzusenken. Doch mittlerweile will sie nicht mehr zu ihrem schriftlichen Zugeständnis stehen und verlangt die Unterzeichnung von „Modernisierungsvereinbarungen“, die zwar meist nur geringe Mieterhöhungen vorsehen, den Mietern aber auch das Recht nehmen, die spätere Kalkulation der Erhöhung zu prüfen. Es gibt keinen Grund, diese Vereinbarungen zu unterzeichnen.

Inzwischen bereitet der MieterInnenverein den nächsten Schritt vor: Gegen schon vorliegende Mieterhöhungen aus einer Pilotphase der Modernisierungsmaßnahmen werden Klagen vorbereitet. Folgen die lokalen Gerichte der Rechtsprechung anderer Städte, sind die Mieterhöhungserklärungen der Vonovia schon – aus formellen Gründen schlicht unwirksam.

Der Widerstand in Heven steht nicht allein da. In Witten gibt es noch mehr Baustellen. Zu Protesten kommt es auch in Dortmund und Essen-Katernberg. Es besteht zudem ein bundesweiter Vernetzungsansatz der widerständigen Standorte. Jeden Tag lernen wir dazu. Die Massenmedien sind an all dem stark interessiert. Es geht voran. Vonovia und auch LEG können sich warm anziehen!

Knut Unger ist Sprecher des MieterInnenvereins Witten im Mieterforum Ruhr, DMB NRW und Mitwirkender der Plattform kritischer ImmobilienaktionärInnen.

Lesetipp

Franz-Josef Brüggemeier

Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute
München 2018, C.H. Beck Verlag

Kohle schuf die Welt, in der wir leben. Sie war die Grundlage der europäischen Industrialisierung, ermöglichte den Aufstieg Deutschlands zur Großmacht und festigte die Herrschaft der europäischen Mächte. Sie verwandelte die beiden Weltkriege in blutige Materialschlachten, die fast 80 Millionen Tote forderten, und stellte parallel dazu die Stoffe zur Verfügung, aus denen die chemische Industrie Farben, neue Medikamente und die ersten Plastikprodukte schuf, die heute aus unserem Alltagsleben nicht mehr weg zu denken sind. So beginnt Franz-Josef Brüggemeier seine Geschichte des Kohle-Zeitalters.

Überall in Europa trat die Wende zur fossilen Industrialisierung an unterschiedlichen Zeitpunkten ein. Dass Zeitgenossen fühlten, dass mit Eisenbahn und mit Kohle befeuerten Dampflokomotiven eine Zeitenwende bevorstand, zeigt Brüggemeier an einer schönen Geschichte aus dem Jahr 1827, als in Darlington, einem kleinen Ort im Nordosten Englands, nach 2 Stunden Fahrt über 14 Kilometer ein Zug mit Dampflokomotive eintraf, der von etwa 10.000 Menschen erwartet worden war. Brüggemeier schrieb eben „Grubengold“ nicht nur als Technik- und Wirtschaftsgeschichte. Er schrieb es ganz wesentlich als Sozial- und Ökologiegeschichte. Das ist der große Verdienst Brüggemeiers. Schon für die Frühzeit des Steinkohlebergbaus beschreibt Brüggemeier die sozial prekäre Lage der Bergleute. Familien, Frauen und auch Kinder mussten im Bergbau massenhaft mitarbeiten, oft auch unter Tage, um die Familien zu ernähren. Jungen und Mädchen fingen 1842 mit etwa 10 Jahren an, in den Zechen zu arbeiten. Kinder sollten es spätestens bis zum 13. Lebensjahr tun, angeblich um in „die Geheimnisse der Bergarbeit“ eingeführt zu werden. Konflikte um die Entlohnung der Arbeit und für soziale Wertschätzung der Arbeit im Bergwerk begleiteten die Geschichte des Kohlebergbaus von Anfang an. Z.B. legte am 5. Mai 1887 die gesamte Belegschaft der Rutchenko-Zeche im Donezk-Becken spontan die Arbeit nieder. 1.500 Bergleute verlangten eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln und die Entlassung verhasster Aufseher. Die

Zechenleitung akzeptierte die Forderungen, rief zugleich aber Truppen herbei. Ein Vizegouverneur kam mit zwei Bataillonen, ließ 366 Bergleute verhaften, andere wurden in ihre Heimatdörfer deportiert und ausgepeitscht. Auch westeuropäische Regierungen setzten Soldaten ein, die auf Streikende schossen und nicht wenige unter ihnen töteten. Gewerkschaften entstanden erst in den 1820ern. Zwangsarbeit war unter den Nazis und im 2. Weltkrieg umfangreich.

Ende des 19. Jahrhunderts forderten die Bergleute verstärkt, die Sicherheit der Bergleute zu erhöhen. Erst die Katastrophe auf der Zeche Radbod am 12.11.1908, bei der 348 Bergleute getötet wurden, brachte deutsche Zechenleitungen dazu, dieser Forderung nachzugeben. Der Kampf gegen die ökologischen Gefährdungen im Steinkohleabbau konzentrierte sich zunächst, aber auch spät, auf die Gesundheitsgefährdung durch Kohlenrauch, war aber strittig. Was von den einen als Ursache zahlreicher Beschwerden angesehen und als lebensgefährlich galt, empfahlen andere gegen Pest und „andere faulen und bössartigen Krankheiten“, die man mit Schwefel abbrennen, also auch mit Kohledämpfen bekämpfen könnte. Zwar gab es bereits um 1900 nur wenige Stimmen, die Kohlenrauch als keine Belästigungen ansahen. Aber durch hohe Schornsteine und durch Verlagerung von Industriebetrieben in die städtischen Peripherien ließ sich dies Problem vorläufig verdrängen. Emissionen durften die Vegetation zerstören, solange sie orts- oder regionstypisch waren. Richtwerte für Luftqualität gab es erst sehr spät. Die Mediziner hatten um 1900 nur bescheidene Kenntnisse über die Atmung. Es war noch niemand offensichtlich durch das Einatmen von Kohledämpfen gestorben.

Gegen Ende seines Buches erinnert Brüggemeier an ein politisches Friedenswunder durch den Bergbau wegen seiner europäischen Verflechtung mit der Energie- und der Eisen- und Stahlindustrie. Er wurde 1951 zum Geburtshelfer der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, der Montanunion. Sie war die erste supranationale Behörde Europas, wenn auch eine spezialisierte zur Regulierung und Unterstützung der Kohle- und Stahlwirtschaft. Dazu wurde ein Vertrag zwischen Westdeutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten geschlossen. Nach ihrem Vorbild wurde die bis heute bestehende Europäische Kommission eingerichtet. Die gemeinsame Versammlung diente als Muster für das Europäische Parlament, der Gerichtshof der Montanunion führte zum Europäischen Gerichtshof.

Sebastian Müller

Sebastian Müller

Menschenort 38

Allein erziehende Mutter mit 2 Kindern, Hartz IV

Lisa wohnt seit einigen Monaten in einer Wohnung, die passt. Endlich. Sie wohnt dort mit ihren beiden Söhnen. Der ältere ist 11 Jahre alt, der jüngere 5. Die Wohnung liegt in dem Stadtteil Dortmunds, in dem sie aufgewachsen ist und in dem ihr Vater, ihre Brüder und ein paar alte Freundinnen leben. Das alles ist wichtig für jemanden wie Lisa mit ihrer Kleinfamilie, die von Hartz IV leben muss. Fehlen einmal im Monat 50 Euro zum Einkaufen, dann wird vielleicht einer der Brüder aushelfen. Auch wenn sie es nicht dicke haben. Ist die alte Waschmaschine hinüber, dann muss eine andere, gebraucht gekaufte, herangeschafft und angeschlossen werden. Im Internet ein vernünftiges Angebot für eine Waschmaschine in Dortmund zu finden, das schafft Lisa selbstverständlich. Wer aus der Familie hilft beim Anschließen? Wer tut etwas dazu? Und wer hat das passende Auto für den Transport, wer fährt es? Lisa hat kein Auto.

Anschaffungen für den Haushalt finanziert die ARGE nur einmal mit 800 € pro Umzug. Jede weitere Anschaffung muss aus der Grundsicherung und dem Kindergeld bestritten werden. Die Grundsicherung beträgt für Lisa und die beiden Kinder zusammen 310 €. Die bekommt Lisa am Anfang jedes Monats überwiesen. So um den 20. und den 21. herum kommt das Kindergeld vom Sozialamt in Höhe von 355 €. Lisa wollte, dass in ihrer neuen Wohnung beide Jungs ein eigenes Zimmer haben. Das ist jetzt so, und Lisa hat ein Schlafzimmer. Das hat aber zur Folge, dass die Grundmiete um 40 € zu hoch ausfällt, als dass sie ganz vom Job Center übernommen würde. Sie muss diese 40 € aus der Grundsicherung bezahlen, ebenso 90 € bei den Energiekosten selbst aufbringen. Diese Kosten sind nicht „angemessen“ für Lisa und ihre Familie, wie es im Bürokratendeutsch der ARGE heißt. Sie überschreiten die finanziellen Grenzen, die Gemeinden nach der Hartz IV-Reform des Sozialgesetzbuchs für soziale Hilfen festlegen mussten und festgelegt haben. Einige Zeit war noch umstritten, ob es nicht noch ein angemessenes Flächenmaß für Wohnungsgrößen geben müsste, um die Kosten der Wohnung zu berechnen. Das wurde vor Sozialgerichten weggeklagt. Früher galten 50 qm als angemessen für eine Person, 60 qm für zwei Personen als angemessen usw. Sie gelten heute nur noch als Rechenfaktoren für das Errechnen einer „Bruttokaltmiete“. Für Heizkosten gibt es keine Grenzwerte in den Vorschriften für die Wohnungsmiete. Sie werden vom Jobcenter ganz übernommen. Andere monatliche Muss-Ausgaben aber nicht: Das Monatsticket oder Sozialticket für Lisa und ein Schokoticket für den Jungen, der schon zur Schule geht, den Preis für die Mittagessen in der Schule und im Kindergarten. Also immer wieder ist da

die peinigende Frage: Reicht das monatliche Hartz IV-Geld für den Einkauf aus?

Was Wunder, dass Lisas Beziehung mit dem Vater ihrer Kinder, der auch Hartz IV-Empfänger war, an der Knappheit des Haushaltsbudgets zerbrach. Er trug so gut wie nichts zum Erhalt und zur Erneuerung der Einrichtung des Haushalts bei, wollte aber leben und konsumieren wie seine Altersgenossen. Er war aber auch ein Schlitzohr und schloss einen Vertrag für sein neues Handy auf den Namen von Lisa ab. Nach dem einen Vertrag machte er wieder einen neuen und noch einen neuen, bezahlte aber bei keiner der Telefongesellschaften die Gebühren – und richtete dadurch ein finanzielles Desaster an.

Die Schulden waren schon auf ca. 10.000 € angewachsen und der Gerichtsvollzieher versuchte, sie bei Lisa einzutreiben, da schmiss Lisa den Vater ihrer Kinder aus der Wohnung, kündigte die Wohnung und fand eine neue, fünf Kilometer entfernte in einem Haus, in dem auch einer ihrer Brüder wohnte. Dort lebte sie – nun als Alleinerziehende –, bis sie in ihre jetzige Wohnung umziehen konnte.



Sie musste lernen, was es heißt, allein erziehend zu sein. Sie musste lernen zu verstehen, wie ihre Einkommensquelle, die Dortmunder ARGE, funktioniert, hat viele Stunden wartend und dann auch redend mit ihrer Sachbearbeiterin verbracht, hat sich einen Putzjob besorgt. Sie hat den Wechsel ihres Ältesten von seiner alten Grundschule auf eine weiterführende Schule gemanagt, ihrem Jüngsten bei seinen ständigen, kleinen Krankheiten zur Seite gestanden und ihn wieder gesund gepflegt.

Sie hat auch Menschen gefunden, die ihr bei Wegen aus den Schulden, die ihr Partner auf sie abgeladen hatte, hilfreich zur Seite standen. Unter ihnen war auch der Gerichtsvollzieher, der die Handyschulden eintreiben sollte. Er verhandelte mit den Telefongesellschaften ein Ratensystem für die Tilgung, bei dem die Gesellschaften auf ungefähr die Hälfte der Gesamtschuld verzichteten. Lisa musste aber im Gegenzug damit einverstanden sein, dass der Gerichtsvollzieher recht hohe monatliche Raten von ihrem Konto abbuchen konnte, wodurch sich der Tilgungszeitraum gegenüber dem alten verkürzte. Diese Operation war für Lisa nicht schmerzfrei.

Rolf Euler

AMOS wird 50 – ein guter Tag mit vielen FreundInnen und Mitmachenden

Über Erwarten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben am 29. Juni an unserer Geburtstagsfeier teilgenommen.

Das „Rote Seminar“ in der Evangelischen Hochschule in Bochum, von der Fachschaft „Soziale Arbeit“ ausgerichtet, war trotz des guten Wetters mit 45 Menschen aller Altersklassen gut besucht, darunter viele Studentinnen und Studenten. Neben einigen der **AMOS**-Redaktion waren auch viele alte und neue Bekannte gekommen, um kennenzulernen, was sich zwischen 1968 und heute für Verbindungen ziehen lassen.

Dies wurde in zwei Diskussionsgängen deutlich: **AMOS** wurde in der Zeit der Studentenbewegung gegründet, als vieles in Bewegung war, alles infrage gestellt wurde und günstige Umstände für eine internationale Verbindung der verschiedenen Jugend-, Studenten-, Lehrlings- und Befreiungsbewegungen bestand. Die Welle der Empörung, auch über die dem Nationalsozialismus anhängende Vätergeneration, die Weiterbeschäftigung so vieler Nazis in den Regierungskreisen der BRD, die reaktionären oder vermeintlich neutralen Wissenschaftsinhalte, der Vietnamkrieg, die Notstandsgesetzgebung der damaligen Großen Koalition – das war schon eine besondere Phase in der bundesdeutschen Geschichte.

Heutige Anforderungen an Protest und Kritik stellten einige StudentInnen im zweiten Teil dar. Von den Problemen, die bei der sozialen Arbeit unter den Bedingungen von Armut und Flucht, prekärer Beschäftigung und Zeitverträgen herrschen, bis zum Engagement in Initiativen und Flüchtlingsrettung zeigte sich, dass es viele Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten gab. Die Minderheiten, die sich aktiv einbringen, die was tun und nicht resignieren, gibt es heute auch, und alle Teilnehmenden nahmen den Hinweis mit, dass **AMOS** noch viele weitere Jahre für diese Zwecke als Zeitschrift erscheinen will!

Für den Hunger zwischendurch hatte die Fachschaft hervorragend gesorgt.

Ein politischer Stadtrundgang schloss sich an. Vom Husemannplatz führte Michael Niggemann an wichtige Orte des antifaschistischen Widerstands oder der Erinnerung an neuere Aktionen, seien es die verfolgten Gewerkschafter wie die linken Oppositionellen bei Opel, die Stolpersteine oder die Haus- oder Jugendzentrumsbesetzungen durch Aktivisten. Eine besondere Rolle spielte in Bochum das Camp der Geflüchteten vor dem Rathaus, die ihre Forderungen wochenlang durchhielten, bis sie zum Teil erfolgreich waren. Polizeiaktionen gegen viele fortschrittliche Bewegungen, der Rückblick auf die Demos gegen Notstandsgesetze und die Rote-Punkt-Aktionen erinnerten an 1968. Es waren rund 25 Teilnehmer, die durch Michaels Ausführungen mehr über die Bochumer politische Geschichte hörten. Sie wurden ergänzt durch Heiko Koch, der sich insbesondere mit der Geschichte von Gentrifizierung und Hausbesetzungen auseinander gesetzt hatte.

Der Saal im Bahnhof Langendreer bot uns einen mit rund 100 Teilnehmenden gut gefüllten Raum für alles, was uns

eine gute Feier bescherte. Das waren vor allem die Begegnungen mit den ehemaligen studentischen Aktiven aus ESG und AStA, die Gründergeneration des **AMOS**, die politisch Aktiven der folgenden Jahre und die Jungen, die sich heute mit den Widersprüchen der Welt und ihrer Berufe, ihrer Studien befassen.

Dabei geriet der Rückblick auf '68 durchaus kurz, zugunsten der Ansichten und Anmerkungen der jetzigen **AMOS**-Machenden. Wir baten um Aufmerksamkeit für die Widersprüche der Gegenwart, gegen Krieg und rassistische, nationalistische Tendenzen die Betonung eines internationalen Verständnisses von Kriegs- und Klimaverantwortlichen.

In zwei Input-Runden ging es von Fluchtursachen, den behinderten Rettungsaktionen im Mittelmeer über „Imperiale Lebensweise“ und Aktuelles aus Nicaragua bis zu den Veränderungen im Ruhrgebiet, die immer hinter dem Schlagwort vom Strukturwandel oder der „Metropolendiskussion“ zu verschwinden drohen.

Das hervorragende Büffet wurde von der „Humanitären Solidarität Middle East“ geliefert, denen wir herzlich danken.

Der Saal war von Peter Strege und Robert Bosshard mit vielen Titelbildern der vergangenen **AMOS**-Ausgaben behängt, ihre Interventionen lieferten Anlass, sich die „leeren Seiten“ der ersten Ideen mit den von Manfred Walz gefüllten Seiten der **AMOS**-Geschichte zu verdeutlichen. Leider konnte Manfred als Titelbildner wegen einer Reha nicht anwesend sein, war aber durch seine Titelzeichnungen sehr präsent.

Die musikalischen Teile wurden von Michael Machnik mit Gesang, Gitarre und Akkordeon eingefügt, teilweise toll unterstützt von Grete Holtgreve. Politische und der damaligen Zeit entnommene Lieder erfreuten uns, sie sind mit vielen Erinnerungen verbunden, und solche Musik gehört zum Fest!

Die Versammlung stieß auf das Wohl von **AMOS** an, alle hatten den Eindruck, dass sich für die Zukunft weiter genügend Menschen zusammen finden werden, um die Zeitschrift zu machen, der die „guten Gründe“ nach 50 Jahren nicht ausgehen werden.

Zur Eröffnung wurde Erich Kästner zitiert:

**„Ja die Bösen und Beschränkten
sind die meisten und die Stärkern.
Aber spiel nicht den Gekränkten,
bleib am Leben, sie zu ärgern!“**

Allen Beteiligten, aber auch denen, die fern bleiben mussten, einen großen Dank der **AMOS**-Redaktion: an die Feiernenden, die LeserInnen und die Vorbereitenden unseres 50-Jahrtages.

Klaus Humann

„Es klopft an.“

Rede für Hermann Schulz zu seinem 80. Geburtstag am 24. Juli 2018

Lieber Hermann, liebe Festgesellschaft.

Vor hundert Jahren hatten es die Verleger noch leicht. Es gibt die Anekdote von Ernst Rowohlt, der sich ein unverlangt eingesandtes Manuskript schnappte, es gegen den Verleger-schädel schlug und dann entschied: Ein tolles Buch, verlegen wir.

Heute ist Verlegerei deutlich nüchterner. Du studierst die Bestsellerlisten, berätst dich mit deinen Vertriebs- und Marketingleuten und suchst das zweite, dritte oder vierte Buch, das einem Trend folgt, einen Erfolg kopiert. Mut belohnen deine Anteilseigner nicht. Sie scheuen das Risiko, suchen die bekannte Fernsehase, den Influencer, die Drama Queen, den gerade zurückgetretenen Politiker. So macht man anno 2018 Bestseller.

Aber was sollen sie auch machen, die Verleger? Bei 80.000 Neuerscheinungen hat doch keiner mehr Bock auf und Zeit für neue Bücher. Alle sind gesättigt: die Händler, die Leser, die Rezensenten. Abgefüllt bis obenhin. Im Kinderbuch ist das nicht anders: 8.000 Neuerscheinungen pro Jahr, Tendenz steigend.

Aber zum Glück gibt es überall in Deutschland kleine galische Dörfer. Verlage, die anders ticken. Verleger mit Jagdfieber und der dazu gehörenden Portion Verrücktheit.

So war das auch in den späten 60er Jahren in Wuppertal. Direkt vor Ihrer Haustür. Hermann Schulz übernahm 1967 den Peter Hammer Verlag, hervorgegangen aus dem von Johannes Rau geleiteten Jugenddienst-Verlag. Und das war so einer dieser Glücksfälle. Für beide Seiten. Da war ein Verleger, der sich durch die Launen des Marktes nicht beirren ließ. Der sich von Überzeugungen leiten ließ und verlegte, was er für wichtig hielt. Der noch daran glaubte, dass Qualität sich verkaufen lässt. Der treu war seinen Autoren und Illustratoren gegenüber wie auch seinen Lebensthemen. So einer war Hermann Schulz als Verleger und so ist er als Autor bis heute geblieben.

Der sich auf Recherchereise nach Afrika begab und mit einem ganzen Arm voll Romanen wiederkam, viele noch nie in eine andere Sprache übersetzt. Und auf einmal gab es die von Wolf Erlbruch wunderschön ausgestattete afrikanische Bibliothek. So machte man in Wuppertal Programm.

Der aus seiner Leidenschaft für Mittel- und Südamerika ein Programm machte, dass den Wettbewerb mit ungleich größeren Verlagen aufnehmen konnte: Ernesto Cardenal, Eduardo Galeano, Sergio Ramirez, Gioconda Belli, um nur die Prominentesten zu nennen.

Der mit einem Bilder- und Kinderbuchprogramm seit 1989, seit Erlbruchs und Holzwarths „Maulwurf“, wieder nicht dem Markt folgte, sondern ästhetisch wie textlich Trends setzte. Aljoscha Blau, der schon erwähnte Wolf Erlbruch, Eva Muggenthaler, Wiebke Oeser, Tobias Krejtschi, um nur wenige von den aufregenden Illustratoren zu nennen, die Hermann Schulz entdeckte und bekannt machte.

Hermann kennt noch das Kribbeln, das den Rücken runterläuft, wenn du auf Bilder oder Geschichten stößt, die dich umhauen, die du so noch nie gesehen oder gelesen hast. Das unwiderstehliche Gefühl, ein Buch in Händen zu halten, das die Welt verändern wird, reicher macht.

Deine Neugier ist Dir geblieben, dein Sensorium für das, was die Welt berührt, Dein Gespür für Geschichten, „die anklopfen“, wie Du es nennst. Du hast immer an Qualität geglaubt und das man Leser nicht für dumm verkaufen darf.

Du warst als Verleger immer neugierig auf Geschichten, die uns Lesern erklären, wer wir sind und woher wir kommen. Das prägt auch Deine eigenen Bücher. Weil Du Dir deine eigene Geschichte immer wieder erklären möchtest. Du möchtest verstehen, was Dich zu dem gemacht hat, der Du heute bist. Das vaterlose Kind in einer aufgewühlten und verrohten Welt.

Ich habe viel von Dir gelernt. Ich habe zwei Kollegen, die mich und meine Art, Bücher zu machen, geprägt haben: Freimut Duve, meinen ersten Chef bei rororo aktuell, und Hermann Schulz. Ich habe mir bei Dir viel abgucken können und bin Dir dafür sehr dankbar.

Klaus Humann, Verleger, aladin-Verlag, Hamburg

Ein Held, wer ohne Waffen kämpft



Uri Avnery, 1923-2018, ist tot. In AMOS erschienen seit vielen Jahren (zuletzt viermal in 2017) Texte

dieses unerschrockenen, humorvollen, beharrlichen Streiters zwischen allen Fronten, des Journalisten, Chronisten, Friedensaktivisten, dessen ironisch-witzige, unmissverständliche Stimme für Gerechtigkeit und Frieden wir und unendlich viele andere sehr vermissen werden. Inzwischen sind die Nachrufe mit vielen Worten im Web verewigt. Doch das Überzeugendste ist die Auskunft, die er immer wieder über sich selber gab – in jeder Aktivität (ob bei Treffen mit Arafat oder, wie auf dem Foto, bei Demos mit seiner Frau Rachel und Gush Shalom) und in jedem seiner journalistischen Texte (www.uri-avnery.de und www.palaestina-portal.eu). Dort reflektierte er, oft wie nebenbei, auch seine eigene Geschichte und Erfahrungen als ein deutscher Jude aus Beckum/Westfalen, der 1933 nach Palästina kam, später in der Irgun um das Land kämpfte und dann – noch später – unermüdlich um eine Aussöhnung zwischen Juden und Palästinensern und für eine einvernehmliche Zwei-Staaten-Lösung für Israel-Palästina.

Ute Hüttmann

Jürgen Klute

Die Rolle der Berliner Sparpolitik im türkisch-kurdischen Krieg seit 2015

IWWKf

Dieser Artikel ergänzt und komplettiert Jürgen Klutes Iwurf in AMOS 2|18: „Der kurdische Konflikt“

Die Gewalteskalation, die ab Sommer 2015 in der Türkei erneut und in ungewöhnlich brutaler Weise einsetzte, ist kaum zu erklären ohne eine Reihung von politischen Fehlern, die von der EU, vor allem aber von der Bundesregierung in Berlin zu verantworten sind. Zwar kann niemand sagen, in welcher anderen Weise die Geschichte verlaufen wäre, wären in der Vergangenheit andere Entscheidungen getroffen worden. Trotzdem ist die Frage zu stellen, ob diese Eskalation nicht hätte vermieden werden können.

Bereits 2012 kündigte sich die Entwicklung an. Im Oktober 2012 hatte die Türkei rund 100.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Der damalige türkische Europaminister Ege- men Bagis forderte angesichts der zunehmenden Flüchtlingszahl die EU auf, einen Teil der Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen. (*Die Zeit*, 15.10.2012) Die Zahl der Flüchtlinge stieg dann sehr schnell an. Im Frühjahr 2017 waren es rund 3 Millionen. (*Deutschlandfunk*, 11.05.2017) In den Jahren nach 2012 forderte die Türkei wiederholt von der EU finanzielle Unterstützung für die Versorgung der Flüchtlinge ein. Weder hat die EU Flüchtlinge von der Türkei aufgenommen noch gab es finanzielle Unterstützungen seitens der EU.

Zur Erinnerung: 2012 war die europäische Krise auf ihrem Höhepunkt und die Bundesregierung war damit beschäftigt, ihr vermeintliches Allheilmittel für die Krise EU-weit durchzusetzen, nämlich eine rigorose Sparpolitik. Weder eine Aufnahme von Flüchtlingen noch zusätzliche finanzielle Mittel für die Türkei passten in das rigorose europäische Sparprogramm à la Berlin.

Die nächste Eskalationsstufe in Folge der europaweiten Sparpolitik ergab sich im Herbst 2014. Damals wurden die finanziellen Mittel des Welternährungsprogramms dramatisch knapper. Zwar hatten die europäischen Länder zu dem Zeitpunkt ihre Zahlungen noch nicht gekürzt, aber die Zahl der Flüchtlinge, die aus diesen Mitteln zu versorgen waren, war dramatisch angestiegen. In dem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* „Flüchtlinge in Nahost müssen hungern“ (14.10.2014) hieß es, dass die Unterstützung für Flüchtlinge in Lagern in Syrien um 40% gesenkt wurde.

Lesetipp

Ali Cem Deniz

Yeni Türkiye – Die neue Türkei. Von Atatürk bis Erdogan.

Wien 2016, Promedia, 215 S.

Der Autor Ali Cem Deniz, Jahrgang 1988, stammt aus Adapazari (Türkei) und wuchs in Österreich auf, in Wien studierte er Internationale Politik. Er ist Journalist und arbeitet für das österreichische Radio FM4. Wer sich mit der aktuellen Türkei unter Präsident Erdogan kritisch beschäftigt, kommt an diesem Buch nicht vorbei. Aus politikwissenschaftlicher Sicht zeichnet er absolut spannend, sehr gut lesbar und mit großem Wissen die Verhältnisse bis zum Putsch 2016. Er analysiert das System Erdogan und stellt immer wieder Entwicklungen seit dem Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk her. Hartmut Dreier

Im Folgejahr verschärften die EU-Mitgliedsländer mit ihrer Sparpolitik die eh schon dramatische Versorgungslage von Flüchtlingen in Syrien weiter durch massive Kürzungen ihrer Zahlungen an das Welternährungsprogramm. (*Telepolis*, 25.09.2015) Deutschland reduzierte seine Zahlungen in 2015 von 301 Millionen Euro auf 143 Millionen Euro. Erst infolge dieser Kürzungen stieg die Zahl der nach Europa drängenden Flüchtlinge schlagartig an.

Der dann von Merkel im Alleingang ausgehandelte Flüchtlings-Deal mit der Türkei erfolgte in einer Situation, in der sowohl Merkel unter innenpolitischem Handlungsdruck stand, um rechten Populisten das Wasser abzugraben. Sie war daher gegenüber Erdogan in der deutlich schwächeren Verhandlungsposition, die Letzterer offenbar hemmungslos ausgenutzt hat.

Der Deal beinhaltete eine Schließung der türkischen Westgrenze für Flüchtlinge sowie finanzielle Unterstützung der Türkei seitens der EU. Offenbar hat Erdogan der deutschen Bundeskanzlerin aber ein weiteres Zugeständnis abgerungen: Das Schweigen zu seiner Kurden-Politik, zum Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und – wie sich aktuell zeigt – in Nordsyrien. Mit ihrer „Politik auf Sicht“ und ihren politischen Alleingängen hat Merkel die Bundesrepublik wie auch die EU als Ganzes in eine Situation der Erpressbarkeit manövriert. Kritik seitens der EU kann Erdogan heute leicht mit der Ankündigung einer Grenzöffnung für Flüchtlinge im Keim ersticken. Dabei hatte der mittlerweile inhaftierte kurdische Fraktionsvorsitzende der HDP im türkischen Parlament, Selahattin Demirtaş vor seiner Verhaftung mehrfach in Berlin den verantwortlichen Politikern – Steinmeier und Gabriel – die Lage in der Türkei erläutert.

2012 hätte die EU durchaus andere Optionen gehabt. Eine frühzeitige Einigung mit der Türkei über die Aufnahme eines Teils der Flüchtlinge und über zusätzliche finanzielle Unterstützung hätte die Türkei entlastet. Die EU hätte in der damaligen Situation solche Hilfen an die Fortsetzung des Friedensprozesses zwischen dem türkischen Staat und den Kurden koppeln können. Spätestens ab 2014 hätten die europäischen Mittel für das Welternährungsprogramm aufgestockt werden müssen. Auch das hätte zur Entlastung der Türkei beigetragen. Auf diese Weise hätte die EU die heutige Situation der Erpressbarkeit durch Erdogan vermeiden können.

In diesem Sinne tragen die EU und insbesondere die auf Sparpolitik als wichtigstem Ziel fixierte Bundesregierung einen erheblichen Anteil an der Verantwortung für die Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegenüber den Kurden seit 2015.

Jürgen Klute, Jg. 53, 1984–1986 Pfarrer im Schuldienst am Berufskolleg in Bad Berleburg, 1986–1989 Mitarbeit im Projekt „Industrielle Arbeitswelt und Kirchengemeinde“ des Kirchenkreises Gladbeck-Bottrop-Dorsten, 1989–2006 Sozialpfarrer im Kirchenkreis Herne, 2007–2009 Referent an der evangelischen Stadtkademie Bochum, 2009–2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 1987 Mitarbeit beim AMOS, seit 2015 im Ruhestand.

Shlomo Sand – Haaretz/Israel am 27.07.2018 (gekürzt)

Warum die plötzliche Aufregung über Rassismus?

Ich verfolge die Reaktionen der Öffentlichkeit auf das neue Nationalstaat-Gesetz und habe das Gefühl als würde ich etwas übersehen. Ich versuche zu verstehen, aber es will mir nicht so recht gelingen. Der Aufschrei von Journalisten, Essayisten, Juristen und Persönlichkeiten aus dem Literaturleben, dass dies ein rassistisches Gesetz sei, das den Geist des traditionellen Zionismus verletze, scheint ehrlich und echt zu sein. Aber ... Hat sich irgendeiner der Leute, die gegen das Gesetz protestieren, gefragt, ob das zionistische Unternehmen ohne eine ethnozentrische Politik, die als Rassismus bekannt ist, überhaupt durchführbar gewesen wäre? Anders ausgedrückt, hätten die führenden zionistischen Persönlichkeiten nicht vom frühen 20. Jahrhundert an dafür gesorgt, dass die Siedlungen rein jüdisch waren, und hätten sie nicht versucht sicherzustellen, dass die einheimische arabische Bevölkerung an den Plänen, „die Wüste zum Blühen zu bringen“, nicht beteiligt wurde, hätte dann die Infrastruktur zum Aufbau einer ausschließlich jüdischen Gesellschaft jemals entstehen können?

Selbst die linksgerichtete Hashomer-Hatzair-Bewegung, die an dem Slogan von der „Bruderschaft der Nationen“ festhielt und ziemlich lange die Idee eines binationalen Staates befürwortete (natürlich unter der Bedingung einer jüdischen Mehrheit), wäre nicht bereit gewesen, Einheimische in ihre Kibbuzim aufzunehmen. Ihre Mitglieder wussten, ebenso wie die übrige zionistische Linke, sehr genau, wie sie sich zu verhalten hatten, und wir müssen zugeben, dass sie recht hatten: Um die nationale Vision Wirklichkeit werden zu lassen, mussten sie nicht nur ausschließlich jüdische Siedlungen befürworten, sondern mussten den Neuankömmlingen auch immer noch mehr Land zuweisen, das den Einheimischen gehörte.

„Immer noch ein Dunam, immer noch eine Ziege“ war das erste Gebot der neu entstehenden Gesellschaft, und die meisten Dunams, die sie bewirtschafteten, wurden nicht durch die Trockenlegung der Sümpfe gewonnen. Das Prinzip der „hebräischen Arbeit“, das den Zweck hatte, so viele arabische Arbeiter wie möglich aus dem jüdischen Arbeitsmarkt zu verdrängen, komplettierte das Landgewinnungs-Unternehmen.

Dennoch war die Wiedergewinnung des Landes bis zum Unabhängigkeitskrieg von 1948 keine Erfolgsgeschichte. Am Ende gelangten nur wenig mehr als 10 Prozent des Landes in jüdische Hände. Aber dann kam der Krieg und rettete die Situation. Die Vertreibung oder Flucht von 750.000 Einheimischen stellte eine sehr viel signifikantere Wiedergewinnung von Land dar. Die Felder und Obstgärten, die ursprünglich von einheimischen Bauern bewirtschaftet worden waren und die später als „Eigentum von Abwesenden“ bezeichnet wurden, wurden den Kriegsflüchtlingen nicht zurückgegeben. Sie durften weder zurückkehren noch wurden sie kompensiert.

Das so gewonnene Land wurde augenblicklich dem neuen Staat Israel übertragen. Die neue demokratische Staatsmacht hielt es für gerechtfertigt, den Großteil des Landes dem Keren Kayemetz Leisrael – dem jüdischen Nationalfonds – zu übergeben, dessen Grundbesitz bis heute nicht allen israelischen Staatsbürgern gehört, sondern dem jüdischen Volk, wo immer

es sich befindet. Am Vorabend des Krieges (1948) besaß der KKL – JNF etwa 900.000 Dunam (1 Dunam = 1.000 qm). 1950 waren es bereits 3,5 Millionen Dunam. Von diesem Zeitpunkt an bis heute war es ihm untersagt, diesen nationalen Besitz zu verkaufen – er kann ihn nur verpachten – und nur an Juden.

Seit damals wurde immer mehr Land enteignet, das zuvor die einheimischen Bauern bewirtschaftet hatten ... Slogans wie „Judaisierung von Galiläa“ oder „Judaisierung des Negev“ wurden sowohl von der Rechten wie von der Linken so bedenkenlos akzeptiert, dass niemand auf die Idee kam, sie könnten einen rassistischen Beigeschmack haben.

Wohlmeinende Liberale werden dennoch und mit Recht entgegenn, man könne 1948 und selbst 1958 nicht mit 2018 vergleichen. Die territoriale Kontinuität, die damals erreicht wurde, ermöglichte die Gründung eines souveränen Staates für leidgeprüfte Juden nach dem Genozid der Nazis, und deshalb musste der Zionismus rassistisch sein. (Diese Überzeugung veranlasste den Atheisten Ben-Gurion, den religiösen Juden das Monopol für Eheschließungen und Scheidungen einzuräumen, um eine Assimilierung von Nicht-Juden, die der Himmel verhüten möge, unmöglich zu machen). Jetzt, wo die Souveränität konsolidiert ist, sagen sie, gibt es keine Rechtfertigung für eine Fortsetzung dieser Politik. Um unser Land zu stärken, müssen wir deshalb danach streben, es in die Richtung zu einer säkularen, egalitären Demokratie zu drängen, die sich das Wohl aller ihrer Bürger und nicht nur der Juden zum Ziel setzt. Das jetzige Nationalstaatsgesetz, das ein legitimer Spross der zionistischen Tradition ist, verhindert diesen Prozess der Israelisierung.

Dieses logische liberale Argument könnte sogar sinnvoll sein, wenn Israel nicht die Gebiete besetzt hätte, die es 1967 erobert hat. Die Besatzung erzwang eine jüdische Souveränität ... auch über zusätzliche Massen von ursprünglichen Bewohnern des Landes, die heute rund 5 Millionen zählen. Angesichts dieser demographischen Menge musste die jüdisch-zionistische Identität erneut geschützt und abgegrenzt werden – nicht nur mit Hilfe von Betonmauern und Stacheldraht, sondern auch durch Verfestigung des nationalen Charakters des Staates.

Die Lösung, die nunmehr am Horizont sichtbar wird, läuft darauf hinaus, das in den besetzten Gebieten schon seit fünfzig Jahren eingeführte Apartheidregime auszuweiten und auf den gesamten Staat Israel anzuwenden ... Und wenn das nicht geschieht, gibt es immer noch die Alternative eines Transfers. Das wurde schon in der Vergangenheit versucht und hat sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Aber dafür würde man einen größeren Krieg benötigen, und meine Vorstellungskraft reicht nicht aus, auch nur zu erraten, wie man einen solchen Krieg beginnen könnte und wie er enden würde.

Shlomo Sand ist Historiker und Professor Emeritus an der Universität von Tel Aviv. (<https://www.haaretz.com/premium-why-the-sudden-concern-over-racism-1.6316834>) | Dt. Text komplett: www.amos-zeitschrift.de | Übersetzung: Sigrid Langhaeuser

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: http://www.amos-zeitschrift.de

– K 12123 –

Bücherherbst im Peter Hammer Verlag



Ann Cathrin Raab
SorTIERbuch
32 S., geb., ab 3, € 16,-
ISBN 978-3-7795-0598-3

Und jetzt mal alle nach links!
Ein lustig-wimmeliges
Bilderbuch über Chaos
und Ordnung.



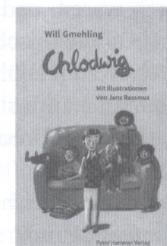
Susanne Straßer
Der Wal nimmt ein Bad
24 S., Pappbilderbuch, ab 2
€ 14,90
ISBN 978-3-7795-0597-6

Witzige Badegeschichte
auf dicken Pappseiten!



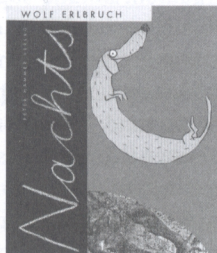
Fran Pintadera
Irgendein Berg
Mit Illustr. von Txell Darné
Aus dem Span. von Silvia Bartholl
32 S., geb., ab 3, € 16,-
ISBN 978-3-7795-0599-0

Ein Bilderbuch gegen den Krieg.



Will Gmehling
Chlodwig
Mit Illustrationen
von Jens Rassmus
48 S., geb., ab 7, € 13,-
ISBN 978-3-7795-0600-3

Kindergeschichte über
zwei Jungs aus verschiede-
nen Milieus.



Wolf Erlbruch
Nachts
Sonderausgabe 29 x 35 cm
26 S., geb., ab 4, € 25,-
ISBN 978-3-7795-0603-4

Das „schönste aller Nacht-
bücher“ (SZ) – jetzt im Groß-
format zum 70. Geburtstag
von Wolf Erlbruch.



Verena Friederike Hasel
**Wir Rüben aus
der großen Stadt**
Mit Illustr. von
Iris Wolferrmann
128 S., geb., ab 8, € 14,-
ISBN 978-3-7795-0601-0

Familienalltag in der
Rübezahlstraße – turbulent
und urkomisch.



Hemley Boum
Gesang für die Verlorenen
Roman
Aus dem Franz. von Gudrun
und Otto Honke
41 S., geb., € 26,-
ISBN 978-3-7795-0596-9

Familiensaga aus Kamerun
vor dem Hintergrund der
Unabhängigkeitsbewegung.



Wendell Berry
Die Erde unter den Füßen
Essays zu Kultur und Agrikultur
Aus dem Engl. von
Christian Quatmann
180 S., br., € 24,-
ISBN 978-3-7795-0602-7

Ein Plädoyer gegen die Auswüchse
der industriellen Landwirtschaft,
das in inspirierende Gedanken
über gutes Leben mündet.



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de